

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

14 (17.1.1913) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 \mathcal{M} , vierteljährl. 2,25 \mathcal{M} ; abgeholt monatl. 80 \mathcal{M} ; am Postkassett 2,10 \mathcal{M} , durch den Briefträger 2,52 \mathcal{M} vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2350. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, aber deren Raum 20 \mathcal{A} . Solalkonstante billiger. Schluß d. Inseratenaufnahme 1/2 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Wir klagen an!

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtags folgende Erklärung gegen die „Schwäb. Tagwacht“, die in einem ebenso gefälligen wie politisch lächerlichen Artikel die Fraktion wegen ihrer Beteiligung an der Eröffnungsfeier angegriffen hatte.

Wir erheben Anklage wegen der frivolen Schädigung der Parteinteressen, die nun seit Jahren durch die planmäßige Spaltung der Partei in Württemberg in zwei Teile betrieben wird. Wir erheben Anklage gegen diejenigen, die seit Jahren aus nichtigen Anlässen die Mitglieder der württembergischen Landtagsfraktion systematisch bei der Masse der Parteigenossen in Mißkredit zu bringen und als minderwertige Parteivertreter darzustellen suchen. Wir erheben Anklage, weil in der Partei zweierlei Recht zum Nachteil der württembergischen Landtagsfraktion eingeführt worden ist.

Die „Tagwacht“-Redaktion erweckt den Anschein, als ob wir in unserer Erklärung „persönliche Angriffe“ erhoben hätten, und versichert, daß sie den „Kampf“ auf „streng sachlichem Boden“ ausfechten wolle. Wir haben nichts weiter getan, als uns gegen den durchsichtigen Versuch gewehrt, den Unwillen der Parteigenossen gegen uns zu erregen. Wie aber der „streng sachliche“ Kampf der „Tagwacht“-Redaktion aussieht, ergibt sich aus ihrem Artikel vom 10. Januar, der der Fraktion vorwirft, sie habe mit Ueberlegung und Absicht das Gefühl unserer deutschen Parteimehrheit verletzt; sie habe bewußt und fortgesetzt dem wiederholt bekundeten Mehrheitswillen der deutschen Sozialdemokratie zuwider gehandelt, sie habe, vor die Wahl gestellt, die kapitalistische Gesellschaft oder die eigenen Parteigenossen vor den Kopf zu stoßen, das letztere getan. Die „Tagwacht“-Redaktion spinnt in ihren Schlußbemerkungen zu unserer Erklärung vom 11. Januar diesen Faden weiter und behauptet, die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie habe sich klar und deutlich gegen jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ausgesprochen. Wir werden zeigen, was es mit diesen „streng sachlichen“ Vorwürfen und Behauptungen auf sich hat.

In dem gedruckten Bericht der Landtagsfraktion für 1907, der in Tausenden von Exemplaren in der württembergischen Partei verbreitet wurde, findet sich auf der ersten Seite folgende Stelle:

„Die Eröffnung des Landtags fand mit dem üblichen Zeremoniell durch den König statt. Zum erstenmal nahm auch die sozialdemokratische Fraktion an ihr teil. Die Gründe zu dieser veränderten Haltung waren im wesentlichen faktischer Natur. Es lag kein besonderer Grund vor, gerade bei der Eröffnung des ersten Landtages der reinen Volkskammer eine Demonstration gegen das Königtum zu wiederholen, nachdem die Verfassungsreform zum guten Teil durch die Initiative des Königs selbst wieder ins Rollen gebracht worden war. Selbstverständlich ist an der grundsätzlichen Ablehnung der Sozialdemokratie gegenüber der Monarchie keine Änderung durch die Teilnahme an der Eröffnungsfeierlichkeit erfolgt. Die sozialdemokratische Fraktion wollte sich dann aber auch nicht von der Teilnahme an einem rein faktischen Akt ausschließen, weil sie ihr durch die Ueberzeugung ist, daß sie alle die Pflichten, die ihr durch die Verfassung auferlegt werden, ebenso zu erfüllen hat, wie sie die dadurch den Bürgern zugestandenen Rechte im vollsten Umfange für sich in Anspruch nimmt.“

In ähnlicher Weise hatte schon ein halbes Jahr vor Erscheinen dieses Berichts, im Februar 1907, die „Schwäb. Tagwacht“ die Haltung der Fraktion begründet. Die „Tagwacht“ ließ es damals an einer — in den Grenzen der gefunden Vernunft sich haltenden — Verhöhnung des bei der Eröffnung des Landtags angewendeten Zeremoniells nicht fehlen. Die Darstellung, die die „Tagwacht“ diesmal von dem dekorativen Beiwerk gab, wirkte in ihren maßlosen Uebertreibungen nicht nur lächerlich, sondern ließ auch, indem sie gegen die roten Hosen und Uniformröcke der diversen Kammerherren und gegen den bronzierten Stuhl das württembergische Volk zum „Verfassungskampf“ aufrief, alle politische Vernunft vermissen.

Trotz der offenen Darlegung der gegen früher veränderten Haltung der Fraktion, und trotzdem damals acht Fraktionsmitglieder den Eid in die Hand des Königs ablegten, ist im Februar 1907 in der württembergischen und der gesamten deutschen Partei nicht eine einzige Stimme der Kritik laut geworden. Der Fraktionsreferent auf der Landesversammlung 1907 hatte daher nicht einmal nötig, dieser Frage auch nur ein Wort zu widmen. In der ausgiebigen Debatte, die sich auf dieser Landesversammlung um die Budgetfrage drehte, wurde die Eröffnung des Landtags nur von einem einzigen Redner im Vorbeigehen berührt. Eine — übrigens abgelehnte — Tagesresolution wegen der Zustimmung zum Budget berührte die Landtagsöffnung nicht. Der Fraktionsreferent erklärte in seinem Schlußwort: „Wir haben teil-

genommen an einem staatsrechtlichen Akt und lassen uns davon nicht ausschließen.“ Die Landesversammlung stimmte zu und damit war die Sache erledigt.

Die nächste Landtagsöffnung fand 1911 statt. Für die Fraktion lag kein Anlaß vor, ihre Haltung von 1907 zu ändern. Sie beteiligte sich an der Eröffnung in derselben Weise wie 1907; ein neu eintretendes Mitglied verschob, ebenso wie diesmal die neu gewählten Mitglieder im Einverständnis mit der Gesamtfraktion, seinen Eintritt auf den nächsten Tag. In der gesamten württembergischen Partei sah man diese Haltung als selbstverständlich an, nur im „Vorwärts“ wurde sie jetzt — die persönlichen Gegenfälle machten sich bereits geltend — bemerkt. Der Fraktionsbericht brauchte, da es sich um keinen neuen Vorgang handelte, diesen Punkt nicht zu berühren. Nirgends in der Partei wurde das beanstandet. Die Landesversammlung 1911 konnte den mündlichen Fraktionsbericht leider nicht entgegennehmen, aber der schriftliche Bericht lag ihr vor. Wie in den Tagen nach der Eröffnung, so wurde auch auf der Landesversammlung keine Silbe laut, die sich gegen die Beteiligung der Fraktion am Eröffnungsakt geäußert hätte. Die Landesversammlung 1912 aber hat einstimmig durch eine Resolution ausgesprochen, „daß die parlamentarische Arbeit übereinstimmend mit den bewährten Grundsätzen der Partei“.

Das ist der wahre Sachverhalt, den die „Tagwacht“-Redaktion glaubt aus der Welt geschafft zu haben, indem sie ihn ignoriert. Sollte dem Verfasser des Redaktionsangriffs dieser Sachverhalt unbekannt geblieben sein, so wäre zu wünschen, daß über derartige Fragen künftig Redakteure schreiben, die die Dinge kennen.

Aus welchem Grunde sollte die Fraktion nun bei Beginn des neuen Landtags zu einer andern Entscheidung kommen als 1907 und 1911? Nur deshalb, weil die Möglichkeit bestand, daß einige Parteimitglieder, die jede Gelegenheit benützen, um die ihnen nicht sympatischen Fraktionsgenossen zu demütigen, auch diesen Anlaß zur Veräußerung ihrer Neigungen ausnützen könnten? Die Erfahrung lehrt, daß die angefeindeten Fraktionsgenossen es diesen Parteimitgliedern nie recht machen werden, mögen sie sich verhalten wie sie wollen. Wollen aber die Fraktionsmitglieder auf ihren vorgeschobenen Posten nicht unklar und unentschieden hin- und herdriften, wollen sie sich im Kampf mit den Gegnern den Respekt erhalten, ohne den sie diesen Kampf nicht erfolgreich führen können, so müssen sie es ablehnen, ein und dieselbe Frage nach der Raune einer kleinen Gruppe ihr lächelnder Parteimitglieder bald so, bald anders zu behandeln, ohne daß in den Verhältnissen eine Änderung eingetreten wäre, und dürfen sich nicht zu Marionetten herabwürdigen lassen.

Im „Vorwärts“, der sich den unerhörten Angriff der „Tagwacht“ zu eigen macht, wird auf die Stuttgarter Parteiverammlung verwiesen, in welcher ein Beschluß gegen jede Beteiligung an der hiesigen Zeremonie bei der Eröffnung gefaßt wurde. Der „Vorwärts“ könnte allmählich wissen, daß Stuttgarter Versammlungsbeschlüsse kein wahrheitsgetreues Spiegelbild der Auffassungen der Stuttgarter Parteigenossen bieten. Ein anderes Bild, als diese Beschlüsse, liefert die Tatsache, daß Genosse Dr. Lindemann, über dessen Stellung zur Frage der Teilnahme an der Landtagsöffnung nie ein Zweifel bestand, bei der Kandidatenaufstellung trotz schärfster Bekämpfung bei einer Wahlbeteiligung von 4413 Genossen mit 2524 Stimmen als Stuttgarter Kandidat zur Landtagswahl aufgestellt worden ist. Der vom „Vorwärts“ angezogene Versammlungsbeschuß stellt überdies einen Präzedenzfall dar. Er wurde gefaßt an demselben Abend, an dem die Fraktion aus Rücksicht auf den Versammlungsreferenten ihre Beratungen über die Frage ihrer Beteiligung an dem Eröffnungsakt abbrach, um sie andern Tags fortzusetzen. Als dann am folgenden Tage der Fraktionsbeschuß gefaßt werden sollte, war der Versammlungsbeschuß bereits in der Presse veröffentlicht. Selbstverständlich kann die Fraktion in Rücksicht auf den Beschluß einer Parteiverammlung nicht ihre sachliche Auffassung preisgeben. Sie ist die Vertreterin der württembergischen Gesamtpartei und nur an die von dieser aufgestellten Grundzüge und Richtlinien gebunden.

Ist es nun wahr, daß die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie sich gegen jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ausgesprochen hat? Wenn man, wie es die „Tagwacht“ tut, das Anhören eines von der monarchischen Parlamentärtheit ausgebrachten Hochs als „Teilnahme“ ansieht, so ist jene Behauptung unwar. Der Parteitag in Chemnitz hat sich erst mit dieser Frage beschäftigt. Es ist nicht gebilligt worden, daß ein einfaches Mitglied der Reichstagsfraktion entgegen ihrem Beschluß beim Kaiserhoch im Saal blieb. Der Fraktionsreferent Stadthagen ging aber stillschweigend über die bekannte Tatsache hinweg, daß auch ein antierender sozialdemokratischer Schriftführer das Kaiserhoch am 22. Mai v. J. stehend anhörete. In der gesamten Parteipresse — auch in der „Schwäbischen Tagwacht“ — ist diese Teilnahme an einer monarchischen Zeremonie unangekündet geblieben. Selbstverständlich! Denn es wäre eine sinnlose Gefährdung ihrer Position, wenn die sozialdemokratische Par-

lamentarische Vertretung einmal errungene Positionen durch die Scheu vor solchen äußerlichen Seiten vercherzen wollte. Der gestrenge Fraktionsreferent ist auch an der Tatsache vorbeigegangen, daß die große Mehrheit der Reichstagsfraktion stehend zuhörte, als der Präsident anlässlich eines Attentatsversuchs auf den König von Italien eine Teilnahmskundgebung für den König veranstaltete. Und wie verhielt sich die Reichstagsfraktion beim Tode des bayerischen Prinzregenten? Unter Zustimmung der gesamten sozialdemokratischen Fraktion, der stärksten des Hauses, die den Nachruf des Präsidenten stehend anhörte, wurde beschlossen, zum Zeichen der Trauer die Sitzung ausfallen zu lassen und Beileidstelegramme an das bayerische Fürstenhaus zu senden. Ohne Schwierigkeit, ohne Vernachlässigung einer geschäftsordnungsmäßigen Pflicht konnte sich die Fraktion durch Fernbleiben von der Sitzung, die nur diesen Inhalt hatte, entziehen. Sie tat es nicht, sondern erfüllte mit der Teilnahme an einer monarchischen Zeremonie eine Pflicht des persönlichen Anstandes. Und im großen sozialdemokratischen Blätterwalde von Berlin bis Stuttgart blieb über allen Gipfeln Ruh. Sollen wir weitere Beispiele anführen? Sie stehen uns zur Verfügung. Daß die Reichstagsfraktion sich nicht zu der hundertmal pompöseren Parlamentsöffnung ins Hohenzollernschloß, in dem kein Alterspräsident fungiert und keine formelle Sitzung gehalten wird, begibt, läßt sich mit der Landtagsöffnung im Sitzungssaal der Zweiten Kammer und der sich anschließenden ersten Sitzung in gar keiner Weise vergleichen.

Wir haben auf die in der Verfassung und Geschäftsordnung festgelegten Pflichten des Alterspräsidenten, der diesmal einer der Unserigen war, hingewiesen. Die „Tagwacht“-Redaktion hält das „nicht für bedeutend genug, um deshalb unsern Klassenkampfstandpunkt im Parlament zu veräußern“. Wir weisen, besonders im Namen des auf eine 50jährige fährende und opferreiche Tätigkeit im Klassenkampf zurückblickenden Genossen Lauffer, den Vorwurf der Verschleierung des Klassenkampfes mit Entschiedenheit zurück. Die Fraktionsmitglieder haben genügend Schulung im politischen Kampfe genossen, um auf die Belehrungen der „Tagwacht“-Redaktion über den Klassenkampfstandpunkt verzichten zu können.

Die „Tagwacht“-Redaktion geht auch wieder stolz an der seit Jahrzehnten von unsern Parlamentärvertretern, besonders im Reichstag, abgegebenen Erklärung vorbei, daß wir alle verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Pflichten erfüllen und dafür alle aus der Verfassung und der Geschäftsordnung sich ergebenden Rechte beanspruchen. Die Sozialdemokratie hat bisher im Landtag alle ihr zustehenden Rechte ausüben können. Soll sie nun durch eine lächerliche Scheu vor dem Anblick bunter Röcke und dem Hochruf anderer ihre Rechte gefährden oder künftige Ansprüche unterterminieren? Dann würde sie proletarische Rechte und Interessen in unverantwortlicher Weise verletzen. Der Hinweis darauf, daß die Fünfmännerfraktion von 1901 trotz ihres Fernbleibens vom Eröffnungsakt ihre Rechte ausgeübt habe, ist kein Gegenbeweis. Oder haben die geschworenen Feinde jeder Teilnahme an monarchischen Zeremonien in unsern Reihen ein so unerschütterliches Vertrauen zur bürgerlichen Landtagsmehrheit, daß sie überzeugt sind, die Ablehnung von Pflichten seitens der Sozialdemokratie werde nie zu einer Schwächung der Rechte derselben ausgeschaltet werden? Wir könnten eine solche Vertrauensseligkeit nicht teilen und erfüllen daher die rechtsgültigen Pflichten, um stets unsere Rechte beanspruchen und wirksam verteidigen zu können.

Die Kanonen, mit denen die „Tagwacht“-Redaktion nach Späßen schießt, schrecken uns nicht. Wir vertrauen auf den gefundenen Sinn der großen Mehrheit der württembergischen Parteigenossen, die sich nicht zum Schaden der Gesamtpartei durch persönliche Gefälligkeiten zur Ausschaltung der politischen Vernunft werden verleiten lassen. Wir benützen die Gelegenheit, um endlich Einspruch zu erheben gegen die seit Jahren betriebene Verunglimpfung der Landtagsfraktion. Obgleich sich an unserer parlamentarischen Arbeit trotz lebhaftester Kritik nichts auszuweisen fand, hat man nie aufgehört, die württembergischen Abgeordneten als Parteigenossen minderer Qualität darzustellen. Das eine Mal haucht man die angebliche „Teilnahme an einer monarchischen Zeremonie“, nach der in andern Bundesstaaten und im Reich kein Satz frägt, zu einem Parteiverbrechen auf. Das andere Mal erhebt man Fragen des gesellschaftlichen Tastes, über die verschiedene persönliche Anschauungen möglich sind, zu politischen Prinzipienfragen. Aber immer nur haut man auf die Württemberger los. Wenn in Bayern, in Sachsen, im Reich, auf zahllosen Rathhäusern genau daselbe geschieht wie in Württemberg, stets wird auf die Württemberger losgedrosen. Die wachsende Abneigung vieler Mitgliebschaften des Landes gegen die Fabrikation von Resolutionsen, die derzeitige Unmöglichkeit einer sachlichen Aussprache in den Parteiverfassungen einiger im Schmieden von Resolutionsen besonders eifriger Mitgliebschaften, endlich die falschen Informationen einer Anzahl nichtwürttembergischer Parteimitglieder über die Parteivorgänge in Württemberg haben diese Parteiblätter zu einem wahren Kesseltreiben gegen die württembergische Landtagsabgeordneten geführt. Wenn

trotzdem in allen Bezirken mit Ausnahme von zweien die bisherigen Abgeordneten einmütig wieder als Kandidaten aufgestellt und so erneut mit dem Vertrauen der Parteigenossen bedacht wurden, so könnte man schon daraus außerhalb Württembergs entnehmen, daß die vielfach verlästerten Genossen die Parteiverräter nicht sind, als die man sie hinstellt. Dem „Vorwärts“ insbesondere läge die Pflicht ob, sich genauer zu unterrichten über die Parteiborgänge in Württemberg, den kleinlichen Raubgieren seine Spalten zu verschließen und von der Parteigerechtheit Objektivität aus Stellung zu nehmen. Wie aber der „Vorwärts“ verfährt, war erst wieder in den jüngsten Tagen zu ersehen, als er den Angriffsartikel der „Tagwacht“ seinen Lesern wirklich vorsetzte, von dem in derselben „Tagwacht“-Nummer enthaltenen sachlich-politischen Artikel über den Eröffnungssatz aber kein Sterbenswörtchen wiedergab. Der „Vorwärts“ erweist sich allgemein in den innerpolitischen Zerwürfissen nicht als ein von höheren Gesichtspunkten geleiteter Vermittler, sondern er spielt in der sozialdemokratischen Gemeinde die Rolle des Büttels, der über die Einhaltung der Disziplin wacht. Wenn er bei guter Laune ist und seine Freunde in Frage kommen, drückt er zwei Augen zu, so bald es sich aber um württembergische Landtagsabgeordnete handelt, erstattet er Anzeige und schmückt sie mit einer Fülle gehässiger Verweise aus. Derselbe „Vorwärts“, der die Enttarnung verschärft hat, die in einigen württembergischen Parteiposten inszeniert wurde, als württembergische Landtagsabgeordnete in den Tagen der abschlägigen Beantwortung der Marokkointerpellation die Einladung eines Ministers zu einem harmlosen Abendessen annahm, schwieg in allen Sprachen, als am Abend der Generaldebatte über die größte je dagewesene Missionsvorlage ein großer Teil der Reichstagsfraktion, darunter die (nach der nun einmal üblichen Terminologie) „radikalsten“ Genossen, gemeinsam mit dem Flotten-, dem Kriegsminister, dem preussischen Polizeiminister, dem Präsidenten des Dreiklassenhauses usw. usw. beim Reichstagspräsidenten zu Gast war. Der „Vorwärts“ hatte auch nichts einzuwenden, als zu wiederholten Malen nach militär-technischen Befähigungen Sozialdemokraten ohne Unterschied der „Richtung“ Gäste des Kriegsministers waren. Wir bitten die „Tagwacht“-Redaktion um ihr Gutachten darüber, welche „proletarischen Rechte und Interessen“ bei diesen Veranstaltungen gewahrt und ob nicht der Massenkampfstandpunkt dadurch verfliehet wurde. Nicht als ob wir diesen Parteigenossen darob irgend welchen Vorhalt machen wollten! Aber mit welchem Recht behandelt der „Vorwärts“ die Württemberger als Parteiverräter, wenn er die Handlungen der andern als Selbstverständlichkeiten ansieht?

Gegen dieses zweierlei Recht wenden wir uns nach langem Schweigen nun mit schärfstem Nachdruck. Nicht aus persönlichen Gründen, sondern im Interesse der Partei! Wie sollen, so fragen wir mit der „Tagwacht“-Redaktion, die württembergischen Parteiverhältnisse gefunden, wenn das Zentralorgan durch eine persönlich-parteiliche Stellungnahme zur Schürung der Zwietracht beiträgt? Wie sollen die Landtagsabgeordneten ihre schwierigen Aufgaben zu Nutz und Frommen der Partei und des arbeitenden Volkes erfüllen, wenn man ihnen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fällt? Wie kann eine Parlamentsvertretung wirksam arbeiten, wenn sie bei den wichtigsten Anlässen durch haßerfüllte Gegner in den eigenen Reihen gezwungen wird, ihre tatsächlichen Beweggründe bis in die kleinsten Einzelheiten der gesamten Öffentlichkeit zu unterbreiten? Bringen die württembergischen Parteigenossen die großen Opfer in den Wahlkämpfen, damit hinderein durch ungerühmte Angriffe die Tätigkeit ihrer neugewählten Vertrauensmänner im Parlament erschwert und wirkungslos gemacht wird? Hat nicht endlich das württembergische Wahlergebnis bewiesen, welchen enormen Schaden der Partei durch die ewigen inneren Kämpfe zugefügt wird?

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt.

(Nachdr. verb.) (Fortsetzung.)

Dieser interessante junge Mann entsprach in seinem Äußern weit mehr den Vorstellungen, die sich der Spießbürger von einem Aristokraten bildet, als sein um zwei Jahrzehnte älterer Onkel. Eine feine, schmale Nase, ein klares Auge, eine hohe schmale Stirn, wohlgeformte Lippen, ein entschlossenes Kinn, blaue Wangen, ein ovales Gesicht, eine schlanke Gestalt, lange, magere Finger, ein elastischer Gang, die selbstbewusste Haltung seines Kopfes — hätte man von einem Nachkommen selbst des ältesten Adels mehr erwarten können? In diesem Morgen jedoch waren die Wangen des jungen Mannes ein wenig gerötet und er selbst schien etwas erregt, wie wenn er unter dem Einflusse unangenehmer Nachrichten stände.

„Guten Morgen, Harry“, begrüßte Lord Jocelyn den jungen Mann.
Harry wünschte gleichfalls guten Morgen und warf dann ein kleines Bündel Schriftstücke auf den Tisch.
„Sehe dich, mein Junge, und laß uns plaudern. Willst du eine Zigarre rauchen? Nein? Vielleicht eine Zigarette? Auch nicht? Wie es scheint, haben dich diese unerwarteten Enthüllungen ein wenig aus der Fassung gebracht.“
„Ein wenig aus der Fassung gebracht?“ wiederholte der junge Mann und ließ ein kurzes Lachen hören.
„Das war natürlich vorauszu sehen und nicht anders zu erwarten. Sehe dich aber, mein Junge, und laß uns einmal ruhig über die Angelegenheit sprechen.“

Der junge Mann folgte der Aufforderung nur zögernd und sein Gesicht verriet, daß er keineswegs zu einer ruhigen Auffassung der Angelegenheit geneigt war.
„In Romanen“, begann Lord Jocelyn, „fügt es sich stets so, daß junge Leute, die in Unkenntnis ihrer Eltern aufwachsen und groß werden, bei erreichter Volljährigkeit die angenehme Entdeckung machen, daß sie die Erben eines

Die württembergischen Landtagsabgeordneten haben schließlich auch ihre persönliche Würde gegen diese sich fortsetzenden erneuerten Angriffe zu wahren. Sie stehen sämtlich seit Jahrzehnten im Dienste der Partei und erheben den Anspruch, als ebenso gewissenhafte und pflichttreue Parteigenossen zu gelten wie die Vertreter der Partei in Redaktionen und in andern Körperschaften. Eine der Voraussetzungen der Wiederherstellung des Friedens in der Partei in Württemberg wird sein, daß man den so oft herabgewürdigten württembergischen Landtagsabgeordneten ebenso wie allen übrigen Parteigenossen den ehrlichen Willen zuerkennt, nach den Richtlinien des sozialdemokratischen Programms der Sache des arbeitenden Volkes zu dienen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtags.

Der Kriegsplan der Reaktion.

Aus Anlaß des ersten Geburtstags des deutschen Reichstags beschäftigt sich Herr Arendt im „Tag“ mit der an sich ziemlich überflüssigen Frage, ob der Reichstag aufgelöst werden solle oder nicht. Gar so kampfsmütig, wie man glauben sollte, zeigt sich aber der Kriegsheld von Mansfeld dabei nicht; er zieht die Methoden des Fabius Cunctator vor und rechnet für die Zukunft auf desto reichere Vorbeeren. Darum will er den Reichstag einwirken noch leben lassen. Kommt Zeit, kommt Rat, denkt er und schreibt:

Sicherlich unter so ungünstigen Umständen wie 1912 werden sich die Wahlen niemals wieder für die Rechte vollziehen. Schon heute und ganz besonders bei einer Auflösung würde die Rechte zahlreiche Mandate gewinnen. Trotzdem wäre der Erfolg nicht so groß, wie er später sein wird. Die Sozialdemokratie lastet immer schwerer auf der Nation, das Vertrauen des Volkes an der Widerstandskraft des Liberalismus gegen die Sozialdemokratie ist durch die Liberalen selbst erschüttert, deshalb wendet sich eine wachsende Strömung der Rechten zu. Es wird nicht sein, diese Bewegung sich ungehindert entwickeln zu lassen. Nicht minder notwendig ist es, dem Liberalismus Zeit zur Einkehr und Umkehr zu geben. Erfreulicherweise fehlt es nicht an Anzeichen, daß auf liberaler Seite eine bessere Einsicht sich vorbereitet. Schon daß über eine Ausgleitung mit den Konservativen debattiert wird, ist ein Zeichen der Zeit. ... Erst wenn die Ausgleitung zwischen links und rechts so viel gefördert ist, daß eine gemeinsame Front gegen die Sozialdemokratie möglich wird, erst dann ist eine neue Wahlkampagne wirklich erwünscht.

Damit ist den Liberalen deutlich genug gesagt, was zu tun ihres Amtes ist. Sie haben dafür zu sorgen, daß die Konservativen und die auf den Aussterbeort geführte Reichspartei aus kommenden Reichstagskämpfen gestärkt hervorgehen. Sie haben zwar schon bei den letzten Wahlen zu diesem Behuf manch gut Stück Arbeit geleistet und u. a. auch — wie das „Berl. Tageblatt“ damals schrieb, „den dicken Arendt aus dem See gefischt“, das nächstmal muß es aber noch viel besser kommen. — Sie sind tief gesunken, die Ritter von der Rechten. Nur wenn sie sich hinter den Schildern liberaler Landknechte verstecken können, haben sie noch Mut.

Etat des Reichsamts des Innern in der Budgetkommission.

In der Sitzung am Mittwoch befaßte sich die Kommission zunächst mit der höheren Subventionierung und Förderung der Seekücherei für die 500 000 M., das sind 125 000 M. mehr, gefordert werden. Der konservative v. Wählendorff trat dabei für eine Erhöhung der Fischzölle ein, die Genosse Roste energisch bekämpfte. Der Zoll auf Fische müßte vielmehr schleunigst beseitigt werden, angesichts der immer größeren Bedeutung, die der Fischkonsum erlangt habe. Wichtig sei, auf Mittel und Wege zu fassen, um den Markt regelmäßig versorgen zu können. Auch der Volksparteiler Struve wendete sich lebhaft gegen die Fischzölle, worauf die erhöhte Summe bewilligt wurde.

Die Belastung des Reichs durch die Leistungen für die Reichsversicherungsordnung beträgt im nächsten Etatsjahr 57 120 000 M., 748 000 M. mehr. Hierzu beantragten die Ge-

nossen Wolfenbühler, Südekum, Roste, Schöpflin, Hoch, Sachse und Rauch die Annahme folgender Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversicherung (Buch 4 der Reichsversicherungsordnung) aufstellen zu lassen. Bei dieser Berechnung sind die bis jetzt gemachten Erfahrungen über Häufigkeit der Rentenbewilligung, die Höhe der ersparten Beitragsrückstellungen und der Erträge aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung herbeigeführten Beitragsrückstellungen mit zu berücksichtigen.

Sollte sich ergeben, daß aus der Summe, die bei Schaffung der Versicherung als Belastung des Reiches angenommen ist, und den Erträgen, die den Versicherungsträgern durch Wegfall der Beitragsrückstellungen erspart und aus der Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenenversicherung zufließen, höhere Renten gewährt werden können, als in den §§ 1285, 1292, 1294 u. 1296 vorgelesen sind, dann dem Reichstage schleunigst eine Vorlage zu gehen zu lassen, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Gen. Wolfenbühler begründete eingehend die sozialdemokratische Resolution, die vom Regierungsvorsteher mit dem methewürdigen Hinweis bekämpft wurde, auch neue Berechnungen können nur Wahrscheinlichkeitsberechnungen sein, die der Zuverlässigkeit entbehren. Erst nach langer Zeit seien aus der Praxis zuverlässige Unterlagen zu gewinnen. — Gegen diese Auffassung und für die sozialdemokratische Resolution trat Redner des Zentrums, der Volkspartei und der Nationalliberalen ein. Die Redner regten an, die Berechnungen um ein Jahr zu verschieben, um auf der Grundlage zweijähriger praktischer Erfahrungen Berechnungen anstellen zu können. Von allen Seiten wird der Regierung bescheinigt, daß ihr statistisches Material, das der Erfüllung der Hinterbliebenenversicherung zugrunde gelegt worden ist, einen vollständigen Mißerfolg bedeutet. Die sozialdemokratische Resolution, in die die nationalliberalen Anregung aufgenommen worden war, fand einstimmige Annahme.

Ein Antrag Erzberger, neben den von den Sozialdemokraten geforderten Berechnungen eine Statistik unter den Versicherten aufzunehmen, wurde abgelehnt. Von sozialdemokratischen und politischen Rednern wurde die Praxis gebührend kritisiert, daß besonders in der Provinz Schlesiens in geradezu ungeheurer Weise Rentenschwerverung und Rentenentziehungen verübt werden. Außerdem seien die Vertrauensärzte durch Zirkulare angewiesen worden, scharf verurteilt wurde auch — selbst von der Regierung — die famose Professur des halatrischen Professors Bernhardt von der Berliner Universität über die sogenannten Rentenhysteriker in der deutschen Arbeiterschaft.

Das Zentrum wird von der großen Sorge gequält, daß die Senatspräsidenten beim Reichsversicherungsamt nur den Rang als Räte 4. Klasse haben. Der Nationalliberaler Paasche verhöhnte diese „soziale Fürsorge“ des Zentrums für die Geheimräte nicht übel; auch die Regierung winkte ab, worauf das Zentrum seinen Antrag auf Rangserhöhung zurückzog.

Genosse Roste beantragte, die Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften künftig wie folgt zu bemessen:

- a) für die Ehefrau 30 Prozent des täglichen Verdienstes des Einberufenen,
- b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen, einschließlich etwa vorhandener unehelicher Kinder, 10 Prozent des täglichen Verdienstes des Einberufenen

mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung 60 Prozent des Betrages des täglichen Verdienstes des Einberufenen nicht übersteigt.

Die Regierung widersprach, weil jährlich Hunderttausende eingezogen werden, für die der tägliche Verdienst zu ermitteln, enorme Ankosten verursachen würde. Von volksparteilicher Seite wurde der im Ausschusse Antrag enthaltene Gedanke der Erhöhung der Unterstützung gutgeheißen, ebenso von Zentrum und Genosse Rauch zog seinen Antrag bis zur Beratung des Militäretats zurück.

Deutsche Politik.

Uniformierte Kriegsheter. Auf dem Reichskommerz des antilemischen Vereins deutscher Studenten, der am Dienstag in Berlin stattfand, hielt zunächst der Reichsverbandsgeneral v. Liebert eine ganz im Sinne des Imperialismus gehaltene Rede auf das deutsche Reich. Ihm folgte der Generalfeldmarschall von der Goltz, der seine Rede nach einem Hinweis auf die Kriegsbereitschaft

mir gesprochen. Sein Name war — Goslett. Gar kein üblicher Name das, namentlich wenn man den Ton auf die zweite Silbe legt. Meinst du nicht auch, Harry?”

„D, er genügt mir vollkommen. Er hört sich jedenfalls noch schöner an als Bunker, wenn auch nicht ganz so gut wie Le Breton. Ich finde mich übrigens jetzt in einer schiefen Lage.“

„Nicht doch, mein Junge, es kann alles beim alten bleiben und niemand braucht etwas von der Geschichte zu erfahren.“

Harry schüttelte den Kopf.

„Jedermann soll es wissen. Wer mit dem Sohne eines gemeinen Soldaten, nein, eines Unteroffiziers, nicht verkehren will, mag den Umgang mit ihm ruhig aufgeben und ich werde deshalb keine Träne vergießen.“ Er hielt inne.

„Unförmig, Junge. Jeder ist heute seines Glüdes Schmied. Nur ein beschränktes Hirn kann auf eine vornehme Abstammung Gewicht legen. Wimmelt nicht jede Nielsenstadt von Leuten, von denen man weiß, wer ihr Vater war, und die gleichwohl überall Zutritt haben? Schau einmal her.“ Und er warf ihm ein halbes Duzend Visitenkarten zu.

„Kannst du mir vielleicht sagen, wer diese Leute noch vor zwanzig Jahren gewesen sind, oder diese hier, oder die da?“

„Nein. Es ist mir auch höchst gleichgültig, wer oder was sie gewesen sind. Aber sie sollen erfahren, wer ich bin. Ich für meinen Teil werde mich nicht mit fremden Federn schmücken und für jemanden ausgeben, der ich nicht bin.“

„Du hast recht, Junge. Daß die Welt lachen, wenn es ihr Vergnügen bereitet, und kümmerer dich nicht darum.“

Harry begann in dem Zimmer auf und ab zu gehen. Nein, die Enthüllungen über seine Herkunft hatten ihn nicht niedergeschmettert, wie das lustige Lachen bewies, das er jetzt hören ließ.

„Es wird viel Geiterkeit in der guten Gesellschaft entfehlen“, bemerkte er. „Aber schließlich wird man sich wohl daran gewöhnen. Da fällt mir aber ein, daß mir aus den Papieren, die du mir gestern abend gabst, verschiedenes un-

verständlich geblieben ist.“

Deutsch
nur
eine
nal:
Es ist
Gen ra
Rejerd
Zeit w
nicht g
C
sicht i
und M
ein ruh
gefunden
der Er
merkun
nahme
nahmen
hörigen
zeit in
rung d
strafge
berweit
dem J
immer
einquä
zieren
zurüdg
alle Du
sei un
zier in
den sein
h.t. —
Antwort
man d
Peratur
zu sage
Ein
Die „K
Lafsch
arbeiten
kein
früher
überh
Unter
Deutsch
schen
der C
Das
Wissen,
Reband
Zeitun
tifer di
näheru
Jahren
ermüde
taristen
verloge
Berleu
scher d
schiffen
Ungar
Re
haus w
Die ver
3 Mitgl
Junge
Polizei
ge h
sition
gen des
gen M
ment ei
„Un
blid w
„B
schlid
Onkel
dafür
„Se
Jocelyn
ehren
Herr je
„M
Frage,
des wo
und ur
Straße
„D
geht d
du den
ollen
such-
Beweg
so nim
treffen.
„D
was ei
hat.“
Ur
Lotte
Muffid
kalt.
arbeite
inhalts
bei der
libe
„Ei
rung e
geater
Herrn
bert m

Deutschlands in den Stoßfeuer zusammensetzte: „Wenn nur Lösung“. — Sätze ein französischer General eine ähnliche Rede gehalten, dann würde die gesamte nationalitätliche Presse in Deutschland Zeter und Mordio schreien. Es ist dringend notwendig, daß der Kriegsminister seine Genral anweist, in ihren Äußerungen sich eine größere Reserve aufzulegen. Das ist doppelt notwendig in einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo es ohnedies an Zündstoff nicht gerade mangelt.

Es wird weiter duelliert. Dem Reichstag ist eine Uebersicht über das Schicksal der von ihm beschlossenen Anträge und Resolutionen zugegangen. Die große Mehrzahl hat ein ruhloses Ende in dem Papierkorb des Bundesrats gefunden, andere Anträge befinden sich noch im Stadium der Erwägung. Von besonderem Interesse sind die Bemerkungen über den Duellantrag, der im Reichstag Annahme gefunden hat. Es wird hier erklärt, daß Maßnahmen angewendet werden sollen, die sich an die Angehörigen aller Stände wenden, um eine Verringerung der zurzeit in weiten Kreisen herrschenden Ansicht über die Wahrung der verletzten Ehre herbeizuführen. Das neue Reichsstrafgesetzbuch werde die Möglichkeit bieten, durch eine anderweitige strafrechtliche Behandlung der Beleidigungen dem Zweikampf vorzubeugen. Die Seeresverwaltung sei immer befreit gewesen, die Zweikämpfe nach Möglichkeit einzuschränken und die Zahl der Verurteilung von Offizieren im Zweikampf seien auch tatsächlich ganz erheblich zurückgegangen. Die Forderung des Reichstags jedoch, alle Duellanten einfach aus dem Seeresdienst zu entlassen, sei unerfüllbar, weil eine solche Strafe gegen einen Offizier nicht verhängt werden könne, der aus idealen Gründen sein Leben für den Schutz seiner Ehre aufs Spiel gesetzt hat. — Damit bleibt eigentlich alles beim alten; in dieser Antwort liegt eine schwere Mißachtung des Reichstags und man darf gespannt darauf sein, was das Zentrum bei der Beratung des Militäretats nunmehr dem Kriegsminister zu sagen hat.

Ein Vubenstück der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ benutzte den Fall Wetterle und die Tatsache, daß Gen. Dr. Georg Weill der deutsche Mitarbeiter der „Humanität“ ist, zu folgender Verleumdung: „Besonders ist deren (der „Humanität“) Direktor Zaurds kein geringerer Militärarzt und Rebancheprediger, als ein früherer Parteigenosse, der Kriegsminister Millerand, wie überhaupt die französischen Sozialisten zum erblichen Unterschied von den „vaterlandslosen Gesellen“, die nur in Deutschland möglich sind. Und in den Sold dieses französischen Militarismus tritt ein deutscher Reichstagsabgeordneter, der Ermächte der Grenzzeitung Westf.“

Das alldeutsche Blatt behauptet also wieder besseres Wissen, daß unser Freund Zaurds zu den Militaristen und Rebanchepredigern gehört. Dem Redakteur der „Rhein.-Westf. Zeitung“ ist so gut wie aller Welt bekannt, daß kein Politiker diesseits und jenseits des Rheins so viel für die Annäherung der beiden Nationen getan hat, wie gerade Zaurds. Daß man es außerdem fertig bringt, diesen unermüdlichen Bekämpfer des Militarismus zu einem Militaristen zu stempeln, kennzeichnet die Skrupellosigkeit dieser verlogenen Gehe. — Das alles, um zu der nichtwürdigen Verleumdung gelangen zu können, daß ein sozialdemokratischer deutscher Reichstagsabgeordneter im Sold des französischen Militarismus steht.

Hausland.

Ungarn. Neue Tagung des Abgeordnetenhauses. Das Abgeordnetenhause wird sich am 22. dieses Monats in Budapest versammeln. Die verbündeten oppositionellen Parteien, von denen nur noch 3 Mitglieder ausgeschlossen sind, werden wieder in geschlossenem Zuge vor das Parlament ziehen, und, was sicher ist, von dem Reichsminister von dem Betreten des Parlamentsgebäudes abgehalten werden. In diesem Falle wird die gesamte Opposition wieder umkehren, da sie eingeschlossen ist, nur den Sitzungen des Abgeordnetenhauses beizuwohnen, wenn keinem einzigen Mitglied der Opposition verhindert wird, in das Parlament einzutreten. Den öffentlichen Sitzungen wird der Wahl-

„Und das wäre?“ Lord Jocelin sah in jenem Augenblick wenigstens etwas verlegen aus.

„Wahrscheinlich ist die Frage, die ich jetzt stellen will, unerschicklich. Ich möchte aber doch gerne wissen, was mein Onkel Bunker, der biedere, rechtschaffene Onkel Bunker, dafür erhielt, daß er mich verhätschelte?“

„Jedes Geschäft hat seine zwei Seiten“, entgegnete Lord Jocelin. „Was ich erhielt, weißt du ja; was dein sehr ehrenwerter Onkel Bunker erhielt, wird am besten dieser Herr selbst mitteilen.“

„Meinetwegen — nun komme ich aber zu der zweiten Frage, die mir noch wichtiger erscheint als die erste. Welches waren die Beweggründe, die dich, den jungen, reichen und unabhängigen Aristokraten, veranlaßten, mich von der Straße aufzulesen und als deinesgleichen zu erziehen?“

„Du bist dreißig Jahre geworden, Harry, und gehst dennoch auf die Suche nach Beweggründen? Hast du denn noch nicht die goldene Regel gelernt, daß man bei allen Handlungen nach den niedrigsten Beweggründen suchen soll? Und wenn es nicht gerade die allergemeinsten Beweggründe, wie Rache, Haß, Mißgunst und Neid, sind, so nimm Eitelkeit an, und du wirst stets das Richtige treffen.“

„O“, rief Harry aus, ich kann wirklich nicht einsehen, was ein Kind der Gasse mit solchen Beweggründen zu tun hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Cheater und Musik.

Uraufführungen. Am Deutschen Opernhaus in Charlottenburg fand gestern die Uraufführung des Musikdramas „Wieland der Schmied“ von Kurt Goedicke statt. Das nach Richard Wagners gleichnamigem Entwurf gearbeitete Werk bringt eine dramatische die musikalisch gleich inhaltstarke Oper Wagnerischer Einzelheiten. Das Werk hatte bei der Uraufführung nur einen schwachen Erfolg. — Am Residenztheater in München hatte das Schauspiel „Eisen“ von Walter Fierich bei der heutigen Uraufführung einen lebhaften Erfolg. Es handelt sich um den derb heiteren Konflikt zwischen zwei Kraftmenschen, die durch Herrn Feinbrück und Frau v. Sagen wirksam verlobt wurden.

reformausführung beinwohne, in dem aber die Opposition nicht vertreten sein wird. Dann wird in den Hauptstädten eine letzte Kaufe eintreten, um die Wahlreform im Ausmaß zu erledigen, jedoch der Einzug der Opposition erst im Monat Februar erfolgen kann.

Ein Freibruch. Der Parteisekretär Stephan Forlos, welcher heute vor den Budapester Geschworenen stand, um wegen 12 Aufreizungsdelikten, veröffentlicht in der „Közszemlé“ im Monat Mai 1912, zu verantworten, wurde freigesprochen; n., trotzdem der Staatsanwalt die blutigen Ereignisse am 23. Mai 1912 den Artikeln zuschreiben wollte.

Rußland.

Polgaroman in Keleny. Aus Keleny wird gemeldet: Der Freigeist Keleny erhielt dieser Tage ein anonymes Schreiben über einen Vorkommnis, der gegen die Juden vorbereitet werde. In Ansehung des in letzter Zeit verbreiteten Antisemitismus des Russen gegen die Juden geriet darum die jüdische Bevölkerung in große Angst. Der Minister wandte sich sofort an den Gouverneur von Keleny. Dieser ließ nun die Straßen mit mehreren Militärtruppen besetzen, worauf Ruhe eintrat.

Balkan.

Ein Hülfers der serbischen und bulgarischen Sozialisten. Es ist eine alte Erfahrung, daß Kriege zumeist gegen das eigene Volk geführt werden, das die Kosten auch steigender Kriege zu bezahlen hat. Zeugnis davon geben die Zuschriften, die von ungeren Genossen in Serbien und Bulgarien an das Internationale Büro in Brüssel gerichtet worden sind. Aus Serbien wird berichtet, daß Partei und Gewerkschaften völlig ruiniert sind. Da fast alle Mitglieder einberufen sind, bleiben die Beiträge aus, und die Reservenfonds der Partei wie des Parteibüros „Kobine“ sind erschöpft. Kredit ist nicht zu erhalten, so daß wegen einer Schuld von 70 000 Dinar (56 000 Mark) dem Volkshaus in Belgrad Zwangsversteigerung droht. Das Haus hat einen Wert von gut 160 000 Mark und ist für die öffentliche Stellung der Bewegung von großer Bedeutung. Man nimmt an, daß es mindestens zwei Jahre nach der Demobilisierung dauern werde, bis wieder die Leistungsfähigkeit der Organisationen hergestellt ist. Danach sollen, wie der Parteisekretär erklärt, die Zuschüsse aus dem Ausland zurückgezahlt werden.

Aus Bulgarien schreibt der Sobranjoabgeordnete Sakaoff namens des Parteivorstandes. Das Tageblatt der Partei, „Korob“ („Das Volk“) ist dem Kriegsgesetz zum Opfer gefallen, 90 Prozent der Genossen stehen im Gefängnis. Die Partei plant, nach dem Kriege sofort eine kräftige Agitation in den eroberten Gebieten, in denen bisher von Arbeiterbewegung kaum die Rede ist, zu betreiben und die Gefahr eines zu schaffenden reaktionären Regimes zu bekämpfen. Auch soll mit den Parteien der verbündeten Staaten Verbindung zur gemeinsamen Bekämpfung nationaler Interessen und der aufkommenden Eifersucht unter den Nationen gesucht werden. — Das Internationale Büro unterstützt das Gesuch der Parteigenossen und erklärt sich bereit, Unterstützungsgelder zu beschaffen.

Badische Politik.

Kern, ihr seid gewarnt!

So ruft die „Bad. Landeszeitung“ gestern der badischen Regierung zu. In einer Polemik gegen den „Bad. Beobachter“ betont das nationalliberale Blatt zunächst, daß das Jesuitengesetz in Baden unter stillschweigender Duldung der badischen Regierung fortgesetzt größtenteils verfehlt wurde. Die Jesuiten haben nicht nur Missionen, sondern auch Exerzitien abgehalten. Die Regierung habe sich von Rücksichten gegen das Zentrum leiten lassen als sie diesem gegenwärtigen Treiben ruhig zusah. Dann heißt es in dem „Landeszeitungs“-Artikel:

Es ist überhaupt einer der größten Fehler des Ministeriums Dusch gewesen, daß es durch fortgesetzte Gefälligkeiten glaubte, das Wohlwollen der Zentrumsparthei gewinnen zu können. Die erzwungenen Wutausbrüche gelegentlich der Modernisierungsfrage hätten ihm schon klar machen können, was es von dieser Seite zu erwarten hat, sobald es in irgend einer Frage ihr nicht zu willigen ist. Die Regierung hat damals alle Schritte ruhig und gelassen eingeleitet und als deutliche Reaktion auf diese Behandlung ihre Freundlichkeit gegen das Zentrum nur noch vergrößert und diejenigen Parteien, mit denen sie die Arbeit erledigen mußte, durch gänzlich unmotivierte Ausfälle brüskiert. Was sie damit erreicht hat, mag sie aus dem jetzt gegen sie und ihre Autorität inszenierten Protestrummel ersehen. Wenn sie die Kundgebungen des Zentrums in Presse und Versammlungen studiert, wird sie gewiß über das ungewöhnliche Maß des Hasses erstaunt sein, das ihr da entgegenlobert und sie mag sich wohl fragen, wodurch sie gerade das verdient hat.

Der Ruf, den hier das Ministerium Dusch erhält, ist wohlverheißend. Ob Herr v. Dusch und sein Kollege Böhm aus der jetzigen Haltung des Zentrums etwas lernen werden, ist indessen mehr als zweifelhaft. Die Herrschaften spekulieren immer noch auf die Wiedergeburt des Bismarck-Blodes.

Jugendbewegung.

Die Arbeiterjugendbewegung.

wird wieder mal im Eindecksager wider Willen gelobt. D. h. die „Deutsche Arbeiterzeitung“ konstatiert, daß all die Verurteile, die bisher gemacht worden sind, der proletarischen Jugendpflege den Garau zu machen, nämlich gescheitert sind. „Es zeigt sich leider“, so lautet das Schlußwörterchen, „daß die Sozialdemokratie bei weitem im Vorrangung ist.“ Natürlich wollen die organisierten Arbeiter nicht resignieren und ihr Blatt mahnt zu neuen Anläufen. Es wendet sich an die bürgerlichen Elemente, die noch tiefer in ihren Beutel greifen sollen und vor allen Dingen an den Staat, der die „unfreiwilligen Patrioten“ nach besten Kräften zu unterstützen habe. Nicht allein durch Zuwendung beträchtlicher Summen aus den Taschen der Steuerzahler, sondern auch durch entsprechende Maßregeln der Verwaltung und Gesetzgebung. „Erläutern es ihm obliegen, gewissenhaft den Scheidewegen nachzugehen, auf denen die Sozialdemokratie die ihrer Agitation unter den Jugendlichen durch das Reichsvereinsgesetz errichteten Seminare zu umgehen sucht, insofern eben die politische Seelenfänger durch Veranstaltungen vom Schlage der Hamburger (und noch dazu mit Hilfe von staatlich angestellten Lehrern) betrieben wird, und zum zweiten wird es darauf ankommen, aus den derzeit gewonnenen Erfahrungen gewisse Konsequenzen gesetzgeberischer Art zu ziehen.“

Es ist wohl nicht überflüssig, die die Arbeiterjugendzeitung darauf verweist, daß ihre Anregungen genauer zu untersuchen. Sie wird sich schon Mühe gegeben haben, bestimmte Vorschläge zu formulieren, aber wahrlich nicht ihr das deshalb nicht gelungen, weil der Staat schon alles Erdenkliche getan hat, um die Jugendbewegung des Proletariats zu erdrosseln. Auf alle Fälle aber beweist der Umstand, daß gerade die „Deutsche Arbeiterzeitung“ einen solchen lebhaften Anteil an der Jugendpflege nimmt, in wessen Interesse der Staat und die „unfreiwilligen Patrioten“ in jenen Verein tätig sind.

1. Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

kr. Jena, 14. Januar.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über die Geschäftsberichte wurde heute fortgesetzt. Sie bewegte sich zumeist in ruhigen Bahnen, wurde aber bald sehr lebhaft, als Gauleiter Hüttmann unter teilweisen Zustimmungskundgebungen sehr scharf auf die getriggen Ausführungen von Raeplow antwortete. Silber Schmidt suchte zu vermitteln, in der Sache jedoch stimmte er Hüttmann bei. Raeplow ging dann in der Nachmittags-Sitzung ausführlich auf die Angriffe gegen ihn ein. Er betonte, daß lediglich die Personenfrage, wer erster Vorsitzender des Verbandes werden solle, die Ursachen des Streites seien. Der Verbandstag folgte seinen Ausführungen unter lautloser Stille. Als Raeplow am Schluß seiner Ausführungen erklärte, nun für den Posten des ersten Vorsitzenden nicht mehr kandidieren zu wollen, ermächtigte sich der Verbandstag eine Bewegung. Man ließ eine Pause eintreten, und nach dieser betonte Silber Schmidt, er habe noch nie daran gedacht, den ersten Posten im Verbandsbelleiden zu wollen. Er hoffe, daß Raeplow doch auf seinem Posten bleibe. Der erste Redner.

Gohlfeld-Berlin lobt den „Grundstein“, der ein gutes Stück Arbeit leistet, er gehöre zu den besten Gewerkschaftsführern. Redner wünscht, daß der Vorstand Auffklärung über die Volkswirtschaft gebe, damit die Delegierten zu Hause für sie Agitation betreiben können.

Gauleiter Hüttmann-Frankfurt a. M. ist mit der Antwort Binnigs auf den Antrag Frankfurt, eine fachtechnische Beilage herauszugeben, nicht befriedigt. Man könne nicht sagen, es liege keine Veranlassung für die Herausgabe vor. Es sei sehr notwendig, auf diesem Gebiete auf die Kollegen einzueisen, bildnerisch einzuwirken. Redner bittet, den Antrag nicht abzulehnen, sondern dem Vorstand zur Erwägung mit nach Hause zu geben. Hüttmann ging dann auf die Auseinandersetzung zwischen Vorstand und Ausschuss ein. Es seien gestern — sagte er — als ob der Ausschuss einen Angriff auf den Vorstand gemacht habe. Raeplow hat aber mit seiner Kritik am Ausschuss an der falschen Stelle eingegriffen, er hat das Befehlsfeld verschoben. Der Anfang des Streites hängt mit der Personenfrage nicht zusammen. Die starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Bauvorsitzenden und Ausschuss auf der einen Seite und Vorstand auf der anderen haben ihren Ursprung in den verschiedenen Auffassungen über die diesjährige Lohnbewegung. Im Oktober 1911 nahmen die Bauvorsitzenden, Ausschuss und Vorstand zur Lohnbewegung Stellung. Da hat uns Kollege Binnig in einem Vortrag ganz neue Wege gezeigt, die wir nicht akzeptieren konnten. Bauvorsitzende und Ausschuss standen ziemlich geschlossen dem Vorstand gegenüber. Aus dieser Meinungsverschiedenheit heraus ist dann später der Ausschuss zu dem Vorbesitz gekommen, dem Vorstand einige Kollegen als Berater für die Lohnbewegung — nicht als Kontrollreue, wie Raeplow sagte — beizugeben. Die Sache liegt also nicht so, als wenn der Vorstand gezwungen gewesen wäre, sich an den Verbandstag als der höheren Instanz um Schutz zu wenden. Die Mehrheit der Bauvorsitzenden aber und der Ausschuss wollen die alte Taktik und die alten Gewerkschafts bei Lohnbewegungen hochhalten, der Vorstand will diese aber verlassen. Daraus sind auch die Meinungsverschiedenheiten entstanden, wer der Nachfolger Bömelburgs sein soll. Bisher war es üblich, daß Vorstand und Ausschuss über wichtige Fragen zusammen beraten haben (Raeplow: Das ist nicht richtig!), dann wurden die Bauvorsitzenden informiert und die drei Körperschaften haben zusammen gearbeitet. Wenn diese Instanzen eine Vorlage für nicht angebracht hielten, dann trat der Vorstand mit ihr nicht an die Öffentlichkeit. Diesmal hat der Vorstand anders gehandelt, er hat sich an das Kommando dieser Instanzen nicht gehalten. Daraus muß sich aber ergeben, daß wir uns gegenständig in grundsätzlichen Fragen aufs schärfste bekämpfen. Einträchtigkeit kann aber den Verband am besten vorwärts bringen. Diesen Boden hat der Vorstand jedoch verlassen. (Braus!)

Hermann-Eisenach: Das Gesamtergebnis der Entwicklung des Verbandes sei ein geradezu glanzendes. Es sei aber immer noch eine bedeutende Organisationsarbeit zu leisten, die Zahl der Unorganisierten wäre noch groß. Der Erfolg der Agitationstouren stehe in keinem Zusammenhang mit den hierfür aufgewandten Mitteln. Es müsse hier eine andere Einrichtung getroffen werden. Den örtlichen Leitungen solle mehr Bewegungsfreiheit gegeben werden. — Der Verbandstag in Leipzig habe den Vorstand beauftragt, ein literarisches Bureau zu schaffen. Diejem Antrag sei aber der Vorstand noch nicht nachgekommen, seine baldige Durchführung sei aber angebracht. Das geistliche Leben müsse etwas gehoben werden.

Silber Schmidt-Berlin: Der Verlauf der Debatte wird die Delegierten sicher recht eigenartig berühren. Bisher kamen auf unseren Verbandstagen zwischen den leitenden Personen keine derartigen Auseinandersetzungen zum Ausbruch. Diese keine die Kollegen wohl schmerzlich erfüllt. (Sehr richtig!) Ich halte es für meine Pflicht, zu erklären, wenn auch die Meinungen über unsere Taktik bei den Lohnbewegungen auseinandergehen, so sind wir doch nach reiflicher Prüfung und Ueberlegung zu einer völligen Einmütigkeit in dieser Frage gekommen. (Beifall.) Auch die anderen Organisationen sind mit uns hier einig. Bezüglich der Differenzen des Ausschusses mit dem Vorstand muß ich sagen, wir können uns nicht nur auf das Statut stützen. Bei uns ist bei weitem nicht alles statutarisch geordnet. Es haben sich neben dem geschriebenen Recht Gewerkschafts- und Gewohnheitsrechte herausgebildet. Diese Rechte kann man aber auch als statutarisch ansprechen. (Sehr richtig!) Ich muß dem Ausschuss beistehen, daß das Gewohnheitsrecht, das er bei wichtigen Fragen mit berat. nicht innerhalb einer Geschäftsperiode aufgehoben werden darf. Das hätte ein Verbandstag tun müssen. Das geht auch gegen meine Empfehlung, daß der Vorstand die Rechte des Ausschusses beschränken hat. Wenn jetzt ein Abbruch der diplomatischen Verhandlungen der beiden Hölle (Seiterleit) eingetreten ist, so ist dies auf einen Willensakt des Vorstandes zurückzuführen, wogu der Vorstand kein Recht hatte. (Sehr richtig!) Raeplow sollte nicht so viel von Demokratie reden; in diesem Falle war die höhere Demokratie sicher nicht auf Seite des Vorstandes. Dachte hat ja anerkannt, daß sich der Vorstand im guten Glauben befand. Damit ist eine Wahn gegeben, auf der wir weiter schreiben können. Wir müssen den Weg finden, daß die Arbeitseinheit der in Betracht kommenden Körperschaften für die Zukunft gewahrt bleibt. Hüttmann hat allerdings recht, die Ursachen des Streites sind die, die er schilderte. (Redakteur Binnig: Nein!) — Gauleiter Muth-Köln: (Zuwohl!) Wir müssen Einigkeit besitzen, die Differenzen zu beseitigen suchen und einen Weg der Arbeitgemeinschaft herbeiführen. Wir müssen die Ansicht des Einzelnen achten. Wie die Dinge liegen, könnten die Differenzen leicht dahin führen, daß wir alibeherrte Kräfte des Verbandes verlieren. Wenn ich Dachte und Raeplow sehe, so muß ich sagen, ich kann mir eine Bauarbeiterbewegung ohne sie nicht denken, wir brauchen sie für unsere zukünftige Bewegung. (Zustimmung.) Hoffen wir, daß eine völlige Klärung eintritt. Freilich, nicht nur ein Teil, sondern alle Teile müssen nachgeben, dann werden wir alle befriedigt nach Hause gehen und alle Kollegen — die wir nicht misen wollen — werden bei uns bleiben. Wie bisher muß es auch für die Zukunft heißen: wir arbeiten einmütig zusammen. (Lebhafter Beifall.)

Gauleiter Hörter-Karlsruhe geht auf den Zwischenruf Binnigs ein, der beitrifft, daß die Ursache der Differenzen die von Hüttmann geschilderte ist. An der Hand der Protokolle über die betreffenden Sitzungen könnte festgestellt werden, daß

Hüttmann und Silber Schmidt mit ihren Ausführungen im Recht sind. (Raeplow: Das ist nicht wahr!) Daß im neuen Verbandsrat nicht alles gleich so ging, wie im Interesse der Organisation notwendig, sei ja begreiflich. Der Verbandstag solle aber den Wunsch ausdrücken, daß alle Arbeiten so erledigt werden, daß die Kollegen draußen befriedigt sind. Man hat manchmal den Eindruck, als ob es an dem guten Willen liege. So gibt es bei der Expedition mancherlei Mängel. Wir müssen in dem von Silber Schmidt interpretierten Sinne weiter arbeiten.

Raeplow-Hamburg (Vorstandsmitglied) erhält eine längere Redezeit. Er beantwortet zunächst die Anfrage wegen der Volksfürsorge, die noch nicht in Kraft treten könne, da die Genehmigung der Behörde noch aussteht. Es seien viele Kräfte am Werke, um die Volksversicherung unmöglich zu machen. Trotzdem sei zu hoffen, daß sich die Aufsichtsbehörde nicht abhalten läßt, die Genehmigung zu erteilen. Der Bauarbeiterverband sei an der Versicherung wie alle Gewerkschaften beteiligt. Er sagte, er könne die Ausführungen Hüttmanns, Silber Schmidts und Horters nicht akzeptieren. Die sachliche Darstellung Hüttmanns und Silber Schmidts ist nicht zutreffend. Das geltende Recht im Verband habe ich im Anfang der hiesigen Jahreshälfte geschaffen. Zwischen dem früheren Vorstehen und dem Ausschuss und den Gauvorsitzenden hat nicht die Einmütigkeit bestanden, wie es heute hingestellt wird. Bismarck hat die Gauleiter unter der Fuchel gehabt (Sehr richtig!) und ich kann ihnen nachfühlen, daß sie gleich noch mehr abschütteln wollen. Insofern ist die Darstellung Silber Schmidts falsch über die bisherigen Verhältnisse. An dem Verhältnis zwischen Vorstand, Ausschuss und Gauvorsitzenden, wie es durch mich mit geschaffen wurde, ist nichts geändert worden. In einem viel größeren Maße wie früher ist der Ausschuss von allem unterrichtet worden, was der Vorstand vor hatte. Dasselbe trifft für die Gauvorsitzenden zu. Wenn Hüttmann sagte, daß die Streitigkeiten ihre Ursache in der Lohnbewegung hätten, so ist dies durchaus unrichtig. Silber Schmidt sagte schon, daß wir uns in dieser Frage völlig geeinigt haben: auf einen Standpunkt, der sachlich genau das will, was der Vorstand von Anfang an im Auge hatte. Die Ursache der Differenzen sind persönlicher Natur. Ich kann allemal nachweisen, daß wir den Ausschuss immer rechtzeitig von allem unterrichtet haben. Wir haben dem Ausschuss davon Kenntnis gegeben, daß Bismarck die Geschäfte nicht mehr führen kann. In einer Konferenz ist diese Frage angesprochen worden, wir haben uns den Rat des Verbandsausschusses gebeten, ob ein außerordentlicher Verbandstag einberufen, oder einem Kollegen die Vertretung Bismarcks übertragen wird. Da hat der Ausschuss verweigert. Es wurde festgestellt, daß alles so bleibt wie bisher. In diesem Frühjahr waren gemeinsame Konferenzen des Ausschusses, der Gauleiter und des Vorstandes. Der Vorstand hatte mich bestimmt, bis zum heutigen Tage die Vertretung des Kollegen Bismarck zu übernehmen. Wir wollten nicht vorgehen, nur bis zu dem Zusammentritt des Verbandstages sollte das Provisorium dauern; das wurde dem Ausschuss und den Gauvorsitzenden mitgeteilt, und zugleich wurde ich als der Kandidat des Vorstandes bezeichnet. Bei der ersten Konferenz wurde kritisiert, daß wir keine Kandidaten vorschlugen, jetzt hieß es, der Vorstand wolle der Konferenz ihren Kandidaten aufdrängen. Es herrschte eine große Verstimmung, selbst Sonderkonferenzen des Ausschusses und der Gauvorsitzenden wurden abgehalten; das führte dazu, daß in seiner Frage eine Einigung erzielt wurde. Von Hüttmann und Horter wurde die Lohnbewegung als der Brennpunkt der Differenz bezeichnet. Als Binnig auf der Konferenz seinen von Hüttmann beanstandeten Vortrag hielt, hatte sich der Vorstand noch gar nicht festgelegt. Wir wollten den Gauvorsitzenden aber keine Meinung aufzwingen, sondern in ruhiger Aussprache mit den Gauvorsitzenden bestimmte Grundsätze festlegen. Binnig sagte auch, daß durch seine Ausführungen nur seine Meinung ausgedrückt wird. Dem Grunde nach teilte der Vorstand die Ansichten Binnigs. Aber nun wurde gesagt, wir wollten die Ansicht des Vorstandes hören und nicht die Binnigs. Gätten wir es umgekehrt gemacht, wäre sicher der Vorwurf gekommen, der Vorstand will uns seine Meinung aufdrängen. Später wurde ja auf Grundfragen eine Einigung erzielt, die ein gut Teil von dem erhalten, was Binnig der Konferenz vortrug. Die Konferenz wollte dem Vorstand zwei Kontrolloren zur Seite stellen. Da haben wir gesagt: nein! Weirat ja, aber durch Beschluß des Verbandstages. Insofern war die Lohnbewegung mit einer Ursache der Differenzen, den Anstoß hat aber die Personenfrage gegeben. (Zurufe: Umgekehrt war es!) Nein, das entscheidende Moment war die Personenfrage, wer als Stellvertreter Bismarcks ernannt werden soll. Ich bin der Ansicht, daß der Ausschuss dem Vorstand Unrecht getan hat, nicht-befriedigender nämlich ich, daß der Kollege Daehne noch recht lange Ausdudelpostulierende bleibt. Ich habe die Geschäfte im Vorstand so weiter geführt, wie sie früher geführt wurden. Es wurde von mir immer erklärt, es kann nur ein Provisorium bis zum nächsten Verbandstag sein, dem Verbandstag solle nicht vorgegriffen werden. Wie die Dinge nun liegen, welche Stellung die Gauvorsitzenden einnehmen, kann ich erklären, ich werde niemals daran denken, für den Posten des ersten Vorsitzenden im Deutschen Bauarbeiterverband zu kandidieren. (Bewegung.)

Nach einer Pause polemisiert Gauleiter Muth-Köln in scharfer Form gegen Raeplow. Er stellt sich auf den Standpunkt Hüttmanns über die Ursache des Streites. Muth erklärt im Laufe seiner Ausführungen unter Widerspruch, Raeplow sei nicht der geeignete Mann, um den Verband im entscheidenden Moment draußen zu vertreten, ihm fehle das nötige starke Organ. (Heiterkeit.)

Silber Schmidt-Vorlin betont, die Meinungsverschiedenheiten dürften nicht in einem Auseinander liegen, man müsse zusammenkommen. Es sei unmöglich, an dieser Stelle Klarheit zu schaffen. Silber Schmidt schlägt vor, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der ganzen Frage beschäftigen soll. Er wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen den Vorwurf Raepflows, seine Ausführungen seien nicht wahr. Redner erklärt dann, mit dem Schreiben des Vorstandes, in dem er Raeplow als Vertreter Bismarcks vorgeschlagen habe, hätte er es jedem andern unmöglich gemacht, diesen Posten anzunehmen. (Sehr richtig!) Er habe noch nie daran gedacht, diesen Posten bekleiden zu wollen, und bitte, ihn bei dieser Frage völlig auszuscheiden. Es müsse immer noch versucht werden, eine Einigung zu erzielen. Silber Schmidt hofft, daß Raeplow an der Stelle bleibt, wo er steht. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, der schon zweimal abgelehnt war, wurde nun mit überwältigender Mehrheit angenommen. Annahme fand dann ein Antrag, die Streitfrage Vorstand-Ausschuss einer niedrigen Kommission zu überweisen, die in einer späteren Sitzung berichten soll. In einer Abend Sitzung werden die Schlußworte entgegengenommen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen im Sattlergewerbe. Die Militäreffektensattler der Firma Thiem in Magdeburg befinden sich wegen Einführung des Berliner Tarifs im Streit. — Die Militäreffektensattler der Firma Maur in Offenbach a. M. ist für Sattler, wegen Ablehnung tariflicher Verhältnisse gesperrt. — Die Sattler der Waggonfabrik in Verdau i. S. befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Firma sucht in vielen Tageszeitungen Sattler und Tapezierer zum baldigen Eintritt. Hoffentlich bleiben die Inserate ohne Erfolg, weil alle Sattler und Tapezierer unter diesen Umständen Verdau zu meiden haben. —

Die Inhaber der Automobilfabrik Mieschen in Bonn a. Rh. können organisierte Arbeiter nicht leiden und glauben, wenn sie die Verbandsfunktionäre der Sattler entlassen, den Gelben wirksam den Boden vorzubereiten. Damit dies verhindert wird, legten sämtliche Sattler einmütig die Arbeit nieder. Sie erjuden, solange den Zugang fernzuhalten, bis die Firma sich geneigt fühlte, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu belassen. — Der Streik in der Treibriemenfabrik von C. Scholz in Hamburg währt bereits zwölf Wochen, ohne daß die Ausgesperrten geneigt sind, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Nach wie vor wollen sie die Arbeit erst aufnehmen, wenn ihre 40 gemahregelten Vertrauensleute auch wieder eingestellt werden.

Differenzen in der Kartonnagenfabrik von Kraft in Schwelm in Westfalen. Das Personal dieser Firma trat an die Firmeninhaber mit dem Ersuchen heran, die Arbeitszeit um eine Viertelstunde zu verkürzen. Diese Verkürzung sollte der Verlängerung der Mittagspause dienen, die in diesem Betrieb nur eine Stunde dauert. Anfangs schien es, als wenn Herr Kraft diesen gewiß beschneiden und berechtigten Wünschen entgegenkommen wollte, indem er die Mittagspause um eine Viertelstunde verlängerte und eventuell ab 1. Februar eine Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht stellte. Dann aber kündigte er dem Gehilfen, der die Verhandlungen für seine Kollegen geführt hatte, mit der Motivierung, daß er keine „Geher“ in seinem Betrieb haben wolle. Die Arbeiter erklärten sich mit dem Gemahregelten solidarisch und kündigten ebenfalls. Da Verhandlungen bis jetzt zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben, sieht es so aus, als wenn Herr Kraft es wirklich aus so flehentlichen Gründen zum Konflikt treiben wolle. Zugang von Buchbindern und Kartonnagearbeitern ist von Schwelm fernzuhalten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Jan. Präsident Dr. Kömpf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 18 Minuten. Am Bundesratsische sind die Staatssekretäre Delbrück und Mühlh answesend. Die 2. Beratung des Reichsamt des Inneren wird fortgesetzt.

Wetterlé und seine Parteifreunde. Abg. Dr. Haegy-Colmar (Elsäss. Zentr.): Ueber die Äußerungen des Abg. Wetterlé liegt authentisches Material noch nicht vor. Treffen die deutschen Pressestimmen zu, so schätzen wir uns den Äußerungen der übrigen Parteien an. Der Vortrag Wetterlés erscheint demnach im Druck. Es wird insoweit möglich sein, ihn gebührend zu beurteilen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in Elsaß-Lothringen den Abgeordneten die Aufgabe zufällt, bei dem geltenden Verhältnis zu Frankreich zwischen beiden Ländern versöhnend zu wirken. (Zurufe.) Das ist durch auffällige Vorträge im Ausland sehr wohl möglich. Sollte der Inhalt der Rede Wetterlés bei der herrschenden internationalen Schwüle die Revanche-Gelüste aufgestischt haben, so würden wir keinen Anstand nehmen, dies auf's Lebhafteste zu be-dauern. Wir wollen von Redande nichts wissen. „Hört, hört!“ und Lachen.) Herr Wetterlé hat seine Tournee abgebrochen, nicht weil er fürstete, verhaftet zu werden, sondern weil ihm die Sensation selbst unangenehm war. In der Presse ist ihm unterstellt worden, er hätte es bloß getan, weil er befürchtete, daß er innerhalb 24 Stunden, nicht mehr durch die parlamentarische Immunität gedeckt, verhaftet werden würde. Diese Unterstellung muß ich als unbegründet zurückweisen. Wir Elsässer wollen ein Bindeglied sein zwischen Frankreich und Deutschland und dadurch eine freundschaftliche Entente zur Sicherung des Weltfriedens schaffen im Interesse von Fortschritt und Zivilisation. Wir können nur erwarten, daß man gegenüber der Vorträge Wetterlés hülles Hut bewahrt. Man wird hoffentlich nicht gewissen Deamentreuen in Elsaß-Lothringen nachahmen, die in einem Ausflug elsäß-lothringischer Vereine nach Frankreich gleich allerhand witzigen. Solche Ausfälle sind wirklich harmlos.

Der Redner führte dann aus, daß man es den Katholiken schuldig gewesen sei, bei der Einrichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg den berechtigten Ansprüchen der Kurie Rechnung zu tragen, und daß auch in dem Angehändnis, daß die jungen Alexier Philosophie und Geschichte bei einem der katholischen Kirche angehörigen Professor hören können, nichts Auffälliges liegt. (Wachsende Unruhe im Hause. Der Präsident erjudt wiederholt um Ruhe) Die Schädigung des Weinbaues durch die Reblaus hat weitere Ausdehnung gewonnen. Frankreich hat sein durch die Reblaus völlig ruinieries Rebgelände gänzlich erneuert und sein Weinbau hat die alten und noch größere Erfolge aufzuweisen. Die Meinung, daß die neuen Reben nicht so guten Wein liefern als die früheren, ist nicht richtig. Erfolgreich und mit Dank zu begrüßen sei das Eingreifen des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der persönlich nach dem Elsaß gekommen sei, um sich von dem Stande des Weinbaues zu überzeugen. Möge die Zentralreiechsbörde tunlichst immer sich persönlich informieren; denn es werde von einer gewissen Presse ganz unehrerfür gegen die Wahrheit und die reichsständischen Verhältnisse gesündigt.

Abg. Hoch (Soz.): Wenn wir ein Zentrum hätten, das es mit den Arbeiterforderungen ernst meinte, so würden wir eine andere soziale Reform haben. Der Staatssekretär verweist auf die zahlreichen Verordnungen des Bundesrats. Das ist eine Milderer, aber keine sachgemäße Reform. In Vorbereitungsarbeit im Sommer fehlt es nicht, aber nicht eine sozialpolitische Vorlage ist im Reichstag gemacht worden. Dabei wächst die Konzentration des Kapitals von Jahr zu Jahr, und die Industrie wird immer abhängiger von den Großbanken, und die Ausbeutung der Arbeiter nimmt immer mehr zu. Die letzte Kostenpreiserhöhung bedeutet eine Belastung des arbeitenden Volkes um 100 Millionen. Auf solche Weise werden die Mittel gewonnen für den unerhörten Luxus der reichen Klassen. Wer will sich da wundern über den häßlichen Rückgang des Mittelstandes? Aber mit den vom Zentrum empfohlenen Mitteln läßt sich der Kampf gegen das Großkapital nicht führen. Das einzige Mittel, das den Arbeitern im Kampf gegen die Uebermacht des Kapitals zu Gebote steht, ist das Koalitionsrecht, und das wollen die Konservativen den Arbeitern beschneiden. Aber schon Herr Bismarck ist mit seinem Ausnahmegesetz gescheitert, obwohl die Verhältnisse für ihn günstiger lagen. Die Sozialdemokratie ist eben das Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Aus der Rede des Staatssekretärs Delbrück kann man nicht recht flug werden. Mit einem Auge schielt er nach rechts und mit dem anderen etwas nach links. Graf Welshar hat offenbar den Befähigungsnachweis für höhere Stellen, wie das Amt des preußischen Justizministers, erbringen wollen. Die Arbeiter werden bei allen Gelegenheiten zur Geschicklichkeit ermahnt. Aber das hilft nicht, daß leidenschaftlich erragte Massen sich über die Schwächen des Gesetzes hinwegsetzen, und es ist mensichlich, wenn diese Erregung in erster Linie sich gegen Leute richtet, die ihnen in den Rücken fallen. Der Staatssekretär hätte lieber von der Frau sprechen sollen, die mit ihrem Säugling ins Gefängnis wandern mußte. Daß die Gesetze so etwas zulassen, ist eine Schmach und Schande. Und ein Staatssekretär, der an seiner richtigen Stelle wäre, würde für die Befreiung solcher Gesetze eintreten. Die Entrüstung über den Terrorismus der Arbeiter ist meist gar nicht ehrlich gemacht, sondern eine schamlose Komödie. Gibt es etwa keinen Terrorismus der Arbeiter? Graf Welshar ist entrückt, daß der

Abg. Fischer ein Mienstück der Regierung verwendet hat. Alle Parteien und alle Regierungen haben von solchen Mitteln schon Gebrauch gemacht, und gerade Graf Welshar sollte das wissen, denn er ist jahrelang Reichspräsident gewesen. Was haben die preußischen Junker nicht schon auf diesem Gebiete geleistet! Sie haben am wenigsten Benachlässigung, und Moral zu predigen. Sie haben diese Streikpostenfrage auch nur angeknüpft aus wahltaktischen Rücksichten. Man hofft, dadurch die Nationalliberalen zu gewinnen. Ich habe nichts von dem Urteil des Abg. Fischer gewußt und zufällig ihn nur vorher in der Budgetkommission gekannt, daß der Staatssekretär vollständig verlage. Da ist dieser in die Öffentlichkeit geschleudert und hat erklärt, daß ihm da die Hände gebunden seien, weil Preußen die Dinge verschleppe. Die Mitteilung des Abg. Fischer kam dann zur Illustration dieser Tatsache. Das Reichsamt des Inneren ist darnach eine dem preußischen Ministerium des Inneren untergeordnete Behörde, und daß Fischer das ausgehakt hat, dafür muß man ihm dankbar sein. Das Vorgehen des Grafen Welshar wird hoffentlich dazu beitragen, das deutsche Volk aufzuklären, um dem Junkerregiment ein Ende zu machen. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Unrichtig ist die Annahme, als ob ich das Protokoll der Budgetkommission wesentlich geändert hätte. Ich habe damals nur darauf hinweisen wollen, daß die Ausarbeitung einer Bundesratsvorlage im Deutschen Reich insofer seiner staatsrechtlich Konstitution zeitraubender ist als in einem Einzelstaat. Der bundesstaat. Charakter des Deutschen Reiches (Zuruf: Preußisches Wahlrecht) bringt es mit sich, Rücksicht auf die einzelnen Bundesmitglieder zu nehmen. Ihre Rechte sind zu schützen und nicht zu beeinträchtigen; deshalb ist der Hinweis auf das Wahlrecht unangebracht. Ich gebe zu, daß unsere sozialpolitischen Gesetze zum Teil zu sehr auf Einzelfälle zugeschnitten sind; auch entbehren sie des einheitlichen Unterbaues. Das liegt an dem Entwicklungsstadium unserer sozialen Gesetzgebung, das liegt zum großen Teil auch an der sozialdemokratischen Partei. Die sozialen Gesetze sollen nicht zu parteipolitischen Zwecken benutzt werden. Durch die Politisierung der Sicherheitsmänner zum Beispiel, ist der gute Zweck dieser Einrichtung vereitelt worden.

Bezüglich der Mittelstandspolitik sind die Maßnahmen noch nicht aus den Erwägungen herausgekommen. Die Forderung, die Großindustrie an den Kosten der Lehrlings-schulen zu beteiligen, ist schwer durchzuführen. Von einer gesetzlichen Regelung dieser Frage ist man abgekommen. Jetzt sollen Handwerks- und Handelskammern in gemeinschaftlichen Ausschüssen, diese und andere gemeinsame Interessen des Handwerks und der Industrie regeln und fördern. Die Heranziehung von Handwerkerorganisationen zu den staatlichen Subventionen soll möglichst gefördert werden. Ein Ausbau der Handwerker-Gesetzgebung ist für die nächste Zeit beabsichtigt. Auch die Frage der Wanderlager wird alsbald durch eine Gesetzesvorlage geregelt werden. Unser bisheriger Zollschutz hat sich als genügend gezeigt und wird aufrecht erhalten werden. Für die im Jahre 1917 in der Wehrzahl ablaufenden Handelsverträge sind wir bemüht, das wirtschaftliche Mittelzeug zu vervollständigen, um die Wirtschaftspolitik in den bisherigen Bahnen weiterzuführen. (Beifall.) Die Politik der Reichsbank hat sich in den letzten schweren Zeiten durchaus bewährt. Den Goldbestand der Reichsbank zu erhöhen, hat allseitige Billigung gefunden. In die Geschäftsbearbeitung der Privatbanken einzugreifen, lehnte der Reichsbankpräsident auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse und bei der Möglichkeit, sonst einzugreifen, einstimmlich ab.

Abg. Pieper (Zentr.): Die Verbreitung der Schund-Literatur muß streng verfolgt werden. Auch sind Maßnahmen gegen die Belästigung durch die Strafverklammer notwendig. Der konstanten Resolution auf Verbot des Streikpostenfischens vermögen wir nicht zuzustimmen. Die Ausschreitungen Streikreder gegen Arbeitsämter kommen nicht auf das Konto des Streikpostenfischens. Wir müssen an unserer Forderung festhalten, im Reichsamt des Inneren eine Behörde für Tarifverträge zu schaffen. Wir hoffen, daß uns bald ein Reichs-Wohnungsgeleis vorgelegt werde.

Abg. Müll (natl.): Das deutsche Wädergewerbe hat an sich gegen die Wäderverordnung nichts einzuwenden. Die schärfste Anwendung der Verordnung hat in den Kreisen des Handwerks die erheblichsten Bedenken hervorgerufen. Eine gründliche Besserung auf dem Gebiete des Wädergewerbes ist nur zu erwarten, wenn unser ganzes Erziehungswesen von der Volksschule an gründlich revidiert wird. Der konservative Resolution auf Verbot des Streikpostenfischens können wir nicht zustimmen.

Abg. Dr. Dertel (kons.): Es kann keine Rede davon sein, daß der Staatssekretär unter dem Kommando des preußischen Staatsministeriums und dieses wiederum unter dem der Junkerstände. Unsere Resolution betreffend das Verbot des Streikpostenfischens war kein Vorstoß gegen die Arbeiter, sondern eher ein Rückzug, da unsere Forderung in diesem Jahr weniger weit geht als früher. Weshalb hat Müller-Meinungen sich nicht über die Dämpfung des Wahlkampfes geäußert? Wir Konservativen werden auch in Zukunft stets jeden abschütteln, der irgendwie Wahlplakaten mit der Sozialdemokratie abschließt. Daß die Sozialdemokratie in den letzten 20 Jahren milder geworden sei, habe ich ebensovienig gemerkt wie ihre „Mittelmäßigkeit“. Mit ihnen gibt es keine Verhändigung. Sie behaupten, den Krieg mit allen Mitteln herbeiführen zu wollen! Welches sind denn diese Mittel? Herr Haegy hat die Angelegenheit des Herrn Wetterlé

behandelt. Ich geb zu, daß die Art, wie er gesprochen hat, auch uns sympathisch war. Seine Beurteilung des Aufstretens des Herrn Wetterlé war nur etwas sehr zaghaft. Die Entrüstung des hohen Hauses in allen Parteien bis zu den Sozialdemokraten war berechtigt. Wenn Herr Wetterlé sich so übermäßig geäußert haben soll, dann muß er dafür sorgen, daß richtige Berichte in die Öffentlichkeit gelangen. Er hatte ja die Rede vorher aufgeschrieben. Ich verstehe nicht, wie der Abg. Dr. Weil als Mitglied des Deutschen Reichstags das hiesige Büro einer französischen Zeitung leiten kann, wo alles auf dem Standpunkt des Herrn Jaures steht.

Ich hoffe, daß wir bei den Vorbereitungen zu den künftigen Handelsverträgen zufrieden sein können. Unser Vorstoß wegen des Verbots des Streikpostenfischens sollte nur der erste Anfang sein (Hört, hört! b. d. Soz.), um dem Koalitionszwang entgegenzuwirken. Wir wollen das Gesetz von vornherein formuliert haben, daß seine scharfe Anwendung gegeben ist. Leider machen die Ausführungen des Staatssekretärs den unüberwindlichen Eindruck, daß der Regierung für den unermesslichen Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht der richtige Mut und die erforderliche Entschiedenheit inne wohnt. Wehren wir die Flut der Sozialdemokratie ab! Das ist unsere erste Pflicht und auch die erste Pflicht des Staatssekretärs des Innern. (Wiederholter leb. Beifall.)

Bei den persönlichen Bemerkungen bemerkte **Abg. Dr. Haegy:** Der Abg. Dertel hat mir den Vorwurf gemacht, ich habe gesagt, daß Wetterlé in seinem Blatte mitgeteilt habe, er würde noch weitere Vorträge in Frankreich halten. Ich habe dazulegen nicht finden können. Das Gegenteil sagte mein Freund Wetterlé, er habe wegen dringender Arbeiten eine große Reihe von Vorträgen nicht halten können, welche dieselben politischen Grundbände, wie er.

Weiterberatung Freitag, 1 Uhr: Vorher kurze Anfragen. — Schluß nach 7 Uhr.

Aus der Partei.

An die Sporttreibende Arbeiterschaft!

In neuerer Zeit entfalten die bürgerlichen Sportvereine eine fleißige Propaganda. Mit der Phrase, die Vereine seien politisch neutral, suchen ihre Wortführer auch die Arbeiter und Arbeiterinnen für den Beitritt in die bürgerlichen Sportvereine zu gewinnen. Die bürgerlichen Sportvereine haben aber gerade neuerdings ihren arbeiterfeindlichen Charakter ganz offen zum Ausdruck gebracht. Fast alle haben sich dem Jung- und Jugendbunde angeschlossen, dessen Zweck es ist, die proletarische Jugendbewegung systematisch zu bekämpfen. Wie der Jung- und Jugendbund, so erfreuen sich die ihm angehörenden bürgerlichen Sportvereine der eifrigsten Unterstützung durch wirtschaftlichen und politischen Klumpen der Arbeiterschaft. Die Sportvereine sind teils mit brutaler Gewalt, teils durch List und Täuschung, teils durch die Verführung durch die Arbeiterinnen haben demnach alle Pflichten, die bürgerlichen Sportvereine zu meiden.

Um die Arbeiterschaft über das arbeiterfeindliche Treiben der bürgerlichen Sportvereine aufzuklären, haben die Arbeiter- und Arbeiterinnenverbände eine Zentralkommission für Sport und Körperpflege eingesetzt. Die Kommission richtet an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands den Appell, ihre Aufklärungsarbeit zu unterstützen. Für die sporttreibende Arbeiterschaft gilt die Parole: Heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen!

Zentralkommission für Sport und Körperpflege.

R. A. J. Passa.

Berlin-Regel, Schlegelstraße 30.

Das Kölner Volkshaus stand dieser Tage zur Zwangsversteigerung an. Es ist früher bereits bargelegt worden, daß es den Kölner Genossen unmöglich war, die für das Unterhalten erforderlichen regelmäßigen hohen Zuschüsse zu leisten, weil darunter die gesamte örtliche Gewerkschaftsbewegung (Arbeiterzeitung, Zentralbibliothek usw.) auf schwerste Leiden mußte. Das Volkshaus war infolge der hohen Grundstückspreise, des teuren Baues und der ungewissen Anlage dauernd unrentabel. Die hohen Zuschüsse der Organisationen verschwanden in einem Nu und die Mitglieder des Hauses sind nun gezwungen, die Kölner Genossen wegen des fasslosen Hauses zu verlassen. Die Kölner Organisationen haben in jeder Weise getan, was sie konnten, um das Haus, das etwa eine Million Mark gekostet hat, zu halten. Die beiden ersten Hypotheken, die sich zusammen auf 750 000 Mark belaufen, waren von Hamburger Hilfskassen hergegeben worden. In dem Versteigerungstermin erkannte der Richter nun die Legitimation des beauftragten Kölner Rechtsanwaltes nicht an. Darauf forderten die nächstbesten Hypothekengläubiger, die Erben Streifler (Streifler war der Bauunternehmer), daß ihnen das Einmillionenobjekt für sage und schreibe 50 000 Mark (!!) zugeschlagen werde. Die Vertreter der Kölner freien Gewerkschaften verweigerten aber innerlich eine Stunde 100 000 Mark bares Geld herbeizuschaffen, sodaß es ihnen möglich war, mitzubieten und so das Objekt auf 498 000 Mark hinaufzutreiben, wodurch die Kreditkassen mit ihrem Kapital, Zinsen, Kosten usw. gedeckt waren. Als die Erben dann 499 000 Mark boten, unterließen die Gewerkschaftsvertreter ein Weiterbieten. Der Zuschlag wurde auf Antrag der Erben bis 30. Januar verlagert.

Die Einigungsfrist der Restitutions-, Herbergs- und Büroräume im Volkshaus läuft bis 31. März 1913. Was die neuen Erwerber, die eine Gesellschaft m. b. H. zur Verwertung des Volkshauses gegründet haben, mit dem Anwesen beginnen, ob sie es den Gewerkschaften vermieten oder es zu geschäftlichen Zwecken benutzen wollen, steht noch dahin. Die aus dem jetzigen Zustand ersichtlichen Schwierigkeiten werden für die Kölner Partei- und Arbeiterbewegung nicht allzu empfindlich sein.

Ein Parteiverständnis in der Schweiz. In der solothurnischen Uhrenarbeitergemeinde Grenzach ist der Genosse Luterbacher, der Ammann (Bürgermeister) der Gemeinde war, gestorben und unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung einschließlich der Schuljugend beerdigt worden. Am Grabe redeten neben dem Pfarrer auch Vertreter der Partei und der sozialdemokratischen Partei und widmeten dem Verstorbenen Worte der Anerkennung für seine gemeinnützige Wirksamkeit. Nachdem Unterbächer früher schon der Gemeinde Grenzach 30 000 Frank zur Errichtung eines Ferienheims anstamm geschenkt hatte, vermachte er ihr nun auch noch testamentarisch 50 000 Frank zu einer Stiftung, aus deren Zinsen eine Kinder- und Jugendheimstätte sowie die Ferienverpflegung für die Kinder unterstügt werden sollen. Dem Gräblichverein Grenzach vermachte er 10 000 Frank, deren Zinsen er zu Propagandazwecken für unsere Sache verwenden soll. Weiter spendete er 4000 Frank für die Errichtung einer Bibliothek.

Soziale Rundschau.

Das Heilverfahren der Angestelltenversicherung ist in dem jetzt abgeschlossenen Vertrauensmännerwahlkampf von dem Rat der reaktionären Angestelltenverbände, dem Hauptauslöser als eine besondere Ertragsleistung gegenüber der Invalidenversicherung gepriesen worden. Jetzt gibt der preussische Minister des Innern einen Erlaß bekannt, durch den die Kreismedizinalbeamten zu Vertrauensärzten der Reichsversicherungsanstalt bestellt werden. Als wichtiges Gebiet für die ärztliche Tätigkeit wird die Vegetation im Heilverfahren bezeichnet. Als Honorar sind für das Gutachten im Heilverfahren 9 Mark in Aussicht genommen. Von dem Betrag für das Gutachten im Heilverfahren werden von der Reichsversicherungsanstalt 6 Mark übernommen, während der Versicherte, gleichviel, ob der Antrag bewilligt oder abgelehnt wird, 3 Mark zu zahlen hat. Zur Begründung dieser merkwürdigen Sorte von sozialer Fürsorge wird in dem Erlaß ausgeführt:

„Diese Beteiligung des Versicherten an den Kosten des Gutachtens erscheint begründet, teils, um die allzu leichtfertige Stellung von Anträgen einzuschränken, teils, um die Versicherungsanstalt bei den erheblichen Kosten der besonders im Anfang zweifellos zahlreich einlaufenden Anträge zu entlasten.“

Diese Begründung mutet umso merkwürdiger an, als bisher bei allen Versicherungsgelegenheiten, die von dem Versicherungsträger eingeholten Gutachten selbstverständlich von diesem selbst bezahlt wurden. Bei der Angestelltenversicherung sind die Beiträge gerade mit Rücksicht auf das Heilverfahren so erhöht worden, daß es nicht möglich ist, die Beiträge zu zahlen. Das ist ja eine nette soziale Fürsorge. Da ist es denn doch bringend nötig, daß bei den jetzt bevorstehenden Wahlen zur Angestelltenversicherung recht viele Gewerkschafter gewählt werden, die den Herren Bureaufraßen scharf auf die Finger sehen.

Oberkirch, 16. Jan. Achtung, Krankenkassenmitglieder! Am Sonntag, 19. Januar, vormittags 11 Uhr, findet im Greifenjaale eine Protestversammlung statt, zu der sämtliche Mitglieder der Ortskrankenkasse eingeladen sind. Tagesordnung: Der Ausschluß des Herrn Dr. Lehmann aus der hiesigen Ortskrankenkasse.

Kommunalpolitik.

Gemeindevoranschläge. Der Gemeinderat von Weibingen bei Heidelberg beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Voranschlag für 1913. Der Umlagefuß wird sich wahrscheinlich von 51 auf 53 Pf. erhöhen, weil die Zinsen der Treibbergen Stiftung von 50 000 Mk. künftig in Wegfall kommen, nachdem die Gemeinde den Prozeß an die Verwandten verloren hat.

Eine beneidenswerte Gemeinde. Zu den bestsituierten kleineren Gemeinden des Landes gehört Wellendingen bei Bonn, welches trotz erheblicher Aufwendungen in den letzten Jahren, z. B. für ein neues Rathaus, für die Erstellung einer Wasserleitung und für die Bildung einer Feuerwehr, keine Umlagen erhebt. Außer dem Waldreichtum besitzt die Gemeinde ein Kapital von über 30 000 Mk. Jeder Bürger erhält jährlich ein Quantum Holz von der Gemeinde und zwar die sogenannten großen Bürger 21 und die kleinen 11 Ctr.

Mannheimer Volksschulbauten. Der Bürgerausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung u. a. mit der Erbauung eines zweiten Volksschulgebäudes im Stadtteil Lindenhof beschäftigen. Das neue Gebäude soll für 24 Schulklassen eingerichtet werden und erfordert einen Aufwand von 767 000 Mk.

Aus dem Bürgerausschuß von Wiesloch. Der Bürgerausschuß genehmigte einen neuen Gehaltsstarif für die Beamten und Angestellten.

Die Stadt Straßburg und die Feuerbestattung. Der Straßburger Feuerbestattungsberein hat den Gemeinderat erneut um Errichtung eines städtischen Krematoriums erlucht. Nachdem im ganzen übrigen Deutschland, in Frankreich und der Schweiz die Feuerbestattung zulässig ist, sei es ein der Stadt Straßburg unwürdiger Zustand, daß die Feuerbestattung bisher nur außer Landes möglich sei.

Der Oberbürgermeister wird Eisenbahndirektor. Der Oberbürgermeister Plagmann in Bad Born legt sein Amt, in dem er seit 1895 tätig gewesen ist, mit dem 1. April d. J. nieder, um eine Direktorstelle bei der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt zu übernehmen.

Das wäre vielleicht ein Ausweg auch für Oberbürgermeister anderer Städte, die ebenfalls eine unbehagbare Neigung zu der „Süddeutschen“ in sich verspüren.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 15. Januar.

5. Bankrott.

Das Schwurgericht unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Oser beschäftigte in seiner Nachmittags-Sitzung die Angelegenheit gegen den Tiefbauunternehmer Franz Jakob Wipfler aus Mühlhausen, Amt Wiesloch, wohnhaft in Durmersheim. Nach der erhobenen Anklage hat Wipfler als Schuldner, welcher seine Zahlung eingestellt hatte und über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde, in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensgegenstände versteckt, und durch Aufwand übermäßiger Summen verbrochen, indem er am 3. August d. J. mit 2400 Mk., welche er unmittelbar zuvor von der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft erhielt, trotz Vorliegens dringender Schulden an Arbeiter und Lieferanten nicht diese Gläubiger befriedigt, sondern mit dem Gelde nach der Schweiz flüchtete, wo er bis Mitte September in gemeinlicher Gesellschaft etwa 1700 Mk. verbrauchte, während er den Rest des Geldes bei seiner Rückkehr nach Durmersheim seiner Frau aushändigte.

Der Angeklagte erkannte seinerzeit das Mauerhandwerk und beabsichtigte zur Verwirklichung seiner Kenntnisse die Gewerkschaft in Wiesloch. Nach Wendingung seiner Lehre arbeitete er bei verschiedenen Tiefbauunternehmern u. a. bei einer Firma, welche die Gasleitung für die Gemeinde Mühlbach bei Eßlingen zu legen hatte. Im Jahre 1911 wurde der Angeklagte selbständiger Unternehmer und führte als solcher mit eigenem Personal Tiefbauarbeiten aus für die Firma Grosseltinger in Offenburg und später für die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Für diese legte er in Mühlbach eine Gasleitung. Bei dieser Arbeit geriet Wipfler in Zahlungsschwierigkeiten, was zur Folge hatte, daß er seine Arbeiter nicht bezahlen konnte. Diese sind, wie angenommen wird, um 4000 Mk. geschädigt. Als der Angeklagte erkannte, daß er der Situation nicht mehr gewachsen war und seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen konnte, verschwand er mit dem von der Berliner Gesellschaft ihm übersandten 2400 Mk. und ging in die Schweiz, wo er einen großen Teil dieses Geldes für sich verbrauchte. Ende September kehrte er nach Durmersheim zurück und gab den Rest des Geldes, der nach seiner Angabe noch 1000 Mk. betrug, seiner Ehefrau als Ersatz der Auslagen im gleichen Betrage.

Der Angeklagte war in der Hauptsache geständig. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage und die Frage nach mildern Umständen. Gemäß dieses Wahrspruches erhielt Wipfler 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 10 Wochen Untersuchungshaft.

§ Karlsruhe, 16. Januar.

6. Mord und Kindesbstörung.

Der heutige Tag der Schwurgerichtssession brachte unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Schuberger die Verhandlung der Anklage gegen die Ehefrau Theresia Reichert geb. Jäger aus Jöhlingen wegen Mordes und gegen die Emma Reichert von da wegen Kindesbstörung. Die Anklagebehörde wurde in dieser Sache durch Staatsanwalt Kuenzler vertreten. Die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Becker und Weisinger. Der Verhandlung wohnte als Vertreter des Justizministeriums erster Staatsanwalt Morath an.

Es war ein schweres und scheußliches Verbrechen, das heute seine gerichtliche Sühne finden sollte. Auf eine grauenhafte Weise hatte die Ehefrau Reichert das uneheliche Kind ihrer Tochter Emma Reichert getötet, und diese war mit all dem, was ihre Mutter getan, einverstanden. Nach der Anklage waren Mutter und Tochter beschuldigt, daß sie: 1. die Frau Reichert in bezugnehmend und gemolltem Zusammenwirken mit der Emma Reichert vorsätzlich einen Menschen getötet und diese Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat, 2. Emma Reichert im Einverständnis mit Theresia Reichert als Mutter ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt tötete, indem die beiden Angeklagten während der Schwangerschaft der Emma Reichert verabredeten, deren Kind, sofern es lebend zur Welt komme, alsbald zu töten, die Ehefrau Reichert alsdann in Ausführung dieser Verabredung, als ihre Tochter Emma in der Nacht vom 18. auf 19. September 1912 in der elterlichen Wohnung zu Jöhlingen ein Kind geboren hatte, dieses Kind alsbald wegnahm, in die Straße trat, dort an den Füßen packte und mit dem Kopf auf den Boden schlug, alsdann das Kind in den Hof warf und verbrannte, die Emma Reichert wegnahm und der Mutter, die sagte, sie werde das Kind jetzt verbrennen, sie wisse nicht, wie sie es anders machen sollte, erwiderte: „Nach was du willst!“

Die jetzt 30 Jahre alte Angeklagte Theresia Reichert ist die

zweite Frau des Landwirts und Maurers Julius Reichert in Jöhlingen. In erster Ehe war dieser mit der Schwester der Angeklagten verheiratet. Ehe die Angeklagte sich der Eheliche, war sie längere Zeit von Jöhlingen weg und in Stellung als Dienstmädchen. Mit 20 Jahren wanderte sie nach Amerika aus. Nach einigen Jahren kehrte sie in die Heimat zurück und heiratete bald darauf ihren verwitweten Schwager. Frau Reichert stammt aus einer anständigen Familie und besaß früher einen guten Ruf. Mit ihrer Verheiratung kam sie in einfache aber auskömmliche Verhältnisse. Ihr Mann besaß ein einstöckiges Häuschen, Keder und Feld, einen Viehstand von 2 Kühen und 2 Rindern und außerdem 2 Schweine und Gänse. Die Landwirtschaft konnten Mutter und Tochter besorgen, wobei Reichert zeitweise mithalf, während dieser in der Freizeit als Maurer arbeitete. Die Ehe der Angeklagten mit Reichert, aus der vier Kinder hervorgingen, von denen nur die Emma noch lebt, hätte sich zu einer guten gestalten können, wenn Frau Reichert sich nicht dem Schnapsgeheim hingeeben hätte. Dadurch gab es häufig Zwistigkeiten, die dazu führten, daß der Ehemann Reichert, der für einen ordentlichen und fleißigen Mann gilt, seine Frau gelegentlich auch einmal prügelte. Auch die Tochter Emma mußte von ihrem Vater misshandelt gequält werden, da sie viel mit jungen Burken herumzog. Das war aber dem Vater nicht bekannt, daß die Emma in sittlicher Beziehung einen schlimmen Lebenswandel führte. Die Mutter dagegen hatte hiervon Kenntnis, tat aber nichts, ihre Tochter auf gute Wege zu bringen. Man konnte aus der Beweisaufnahme sogar den Eindruck gewinnen, daß sie das verwerfliche Treiben der Emma unterstützte. Das Verhalten der Tochter blieb nicht ohne Folgen. Sie zu besitzigen, hielten Tochter und Mutter manchen Rat. Sie ersigten sich dahin, das zu erwartende Kind unter allen Umständen zu befehlen. Beide verabredeten, es zu verbrennen. Das geschah dann auch. Dieses schreckliche Verbrechen vollführte die in der Nacht vom 18. auf 19. September zur Großmutter gewordene Theresia Reichert, indem sie ihr lebendes Entlein in der enmenschlichen Weise tötete und dann den Körper des kleinen Geschöpfes in das von ihr im Herde angefachte Holzfeuer schob. Es dauerte etwa zwei Stunden, bis der Körper verbrannt war.

Die beiden Angeklagten waren in der Hauptsache geständig. Sie meinten, gerne hätten sie die Sache nicht gemacht, aber man habe Angst gehabt vor dem Ehemann bezw. dem Vater und befürchtet, daß die Tochter aus dem Hause müsse. Die Angeklagte Theresia Reichert bestritt, das Kind auf den Boden geschlagen zu haben; sie behauptet, „daß sie nur dessen Kopf etwas auf den Boden gestaut“.

In der Beweisaufnahme kamen lediglich die persönlichen und allgemeinen Verhältnisse der Familie Reichert und der Kummut der Angeklagten zur Erörterung. Es war ein trübes Bild, das hier entrollt wurde. Die Angeklagte Ehefrau Reichert huldigte seit langem dem Schnapsgeheim und auch die Tochter war dieser Art von Alkohol nicht abgeneigt, denn es kam hin und da vor, daß Mutter und Tochter betrunken im Hofe herumtorlesten. Die Emma wurde als eine sittlich tief gesunkene Person geschildert. Zum Schnapsgeheim hat sich verständig Reichert kein Geld her. Um es sich hierfür zu verschaffen, entwendete die Ehefrau von den durch harte Arbeit verdienenden Ersparnissen ihres Mannes einmal 40 Mk. und dann 100 Mk.

Am 1 Uhr trat eine Pause bis 4 Uhr ein.

Ei de Schwere der Ungeheuerlichkeit der von Mutter und Tochter verübten Tat wurde es ihr zweckmäßig gehalten, beide Angeklagte im Laufe der Beweisaufnahme auf ihren Verstand zu untersuchen zu lassen. Der Gerichtsarzt, Geh. Medizinalrat Ueberle, erstattete über das Ergebnis seiner Beobachtungen ein medizinisches Gutachten. Er bezeichnete die Ehefrau Reichert als eine moralisch tiefstehende, unheimliche Persönlichkeit, deren Empfinden durch den Schnapsgeheim erheblich abgestumpft sei. Trotz ihrer physischen, moralischen und ethischen Minderwertigkeit ist die Angeklagte sich der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise wohl bewußt gewesen. Das gleiche lasse sich von der 19 Jahre alten Tochter Emma Reichert sagen.

In die Geschworenen waren vier Fragen gestellt: bezüglich der Ehefrau Reichert eine Schuldfrage wegen Tötungsdelikt und eine Schuldfrage, ob diese Tat mit Ueberlegung ausgeführt wurde, bezüglich der Emma Reichert eine Schuldfrage wegen Kindesbstörung und eine Frage nach mildern Umständen. Sämtliche Fragen wurden bejaht.

Gemäß dieses Wahrspruches verurteilte der Schwurgerichtshof Frau Reichert wegen Mordes zum Tode und Emma Reichert wegen Kindesbstörung zu 4 Jahren 9 Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten nahmen dieses schwere Urteil ohne besondere Erregung entgegen.

Genossenschaftsbewegung.

* Schopfheim, 15. Jan. Der Konsumverein Schopfheim zeigt eine sehr gute Entwicklung. Er hatte im Monat Dezember einen bis jetzt noch nicht erreichten Umsatz von 11 000 Mk. zu verzeichnen, nahezu 4000 Mk. mehr als im gleichen Monat des Jahres 1911. Seit Einsetzen der Fleischsteuerung hat der Verein mit dem Selbstverkauf und dem Schlachten von Schweinen begonnen und diese Einrichtung fand großen Anklang.

Neues vom Tage.

Engländerfall.

Frankfurt a. M., 16. Jan. Dem im Hauptbahnhof beschuldigten verheirateten Schlosser Krämer aus Niederrad wurden gestern von einer Flangierabteilung beide Weine abgefahren. Der Schwerverletzte kam ins städtische Krankenhaus.

Zusammenbruch einer Sparkasse.

Erfurt, 16. Jan. Bei der in Konkurs geratenen katholischen Spar- und Darlehenskasse in Erfurt sind jetzt 1 800 000 Mark Unterbilanz festgestellt worden. Die Deckung dieser Unterbilanz kann nur durch die Hergabe des gesamten Vermögens sämtlicher Mitglieder ermöglicht werden.

Feuersbrunst.

Duisburg, 15. Jan. In der vergangenen Nacht kurz nach 12 Uhr brach in dem Getreidespeicher der Expeditionsfirma Kuhnring u. Co. zu Duisburg Großfeuer aus. In drei Stunden war das ganze sechsstöckige Gebäude mit allen Getreidevorräten bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Der durch Versicherung gedeckte Schaden beträgt sich auf 1 1/2 Millionen Mark.

Geheimer Opium-Handel.

Brest, 15. Jan. In den Wohnungen von vier Halbweltinnen wurde bei einer behördlichen Untersuchung Opium vorgefunden. Gegen einen Schiffselement und einen Apotheker ist im Zusammenhange hiermit Anklage wegen Opiumhandels erhoben worden.

Aus dem Lande.

Durlach.

Zu der meh. Pantoffelfabrik David S. Falk soll ein neuer Artikel (Sandalen) eingeführt werden. Der Arbeiterausschuß verhandelte öfters über den von der Firma festgelegten Satz. Die Firma hat allen Lägern auf Samstag, 18. Jan., gefündigt. Zugang ist fernzubalten. Arbeiterfreundliche Plakate werden um Abdruck gebeten.

Ettlingen.

Der Arbeitermaskenball findet dieses Jahr am Samstag, 1. Februar, in der städtischen Festhalle statt. Für den Diner haben die veranstaltenden Vereine Arbeitergesangsverein Eintracht, Freie Turnerschaft, Freie Radler und der sozialdemokratische Verein bestens Sorge getragen, sodass die Veranstaltung wie früher, so auch diesmal, bei allen Teilnehmern in freudiger Erinnerung bleiben wird. Der Saal wird um halb 8 Uhr geöffnet und die Aufführungen beginnen präzis halb 9 Uhr. Für die Mitglieder obengenannter Vereine ist Kartenabgabe bei den Vorständen derselben. Vorverkaufsstellen sind eingerichtet bei den Herren Karl Wendle, Rauerstraße, Josef Schöner, Gerrenstr., G. Hausch (3 Mohren), Rheinstraße, A. Dillmann (Restaurationshaus), Rheinstraße, in den beiden Konsumvereinsläden und bei den Zigarenhandlungen Dilger und Rees. Wir erwarten seitens der Arbeiterchaft zahlreiche Anteilnahme an der Veranstaltung, umso mehr, da ein eventueller Uberschuß dem Wohlfond zuzielft.

Die Vorstandsmitglieder der veranstaltenden Vereine mögen beachten, daß am Sonntag morgen halb 10 Uhr im „Löwen“ eine kombinierte Sitzung stattfindet.

Baden-Baden.

Das neue Militärflugzeug „L. 3. 15“ wird zu Ende dieser Woche von Friedrichshafen nach Baden-Dos überführt.

* Pforzheim, 15. Jan. Kindermisshandlung. Wie der Polizeibericht meldet, ist das 2 Jahre 4 Monate alte Kind des Fuhrmanns Dieterle unter verdächtigen Umständen gestorben. Wie die sofort angeforderten Erhebungen bestätigten, hat die unmensliche Behandlung des Kindes den Tod herbeigeführt. Die Eheleute Dieterle wurden verhaftet. Die Familie hatte drei Kinder, von denen das älteste ein 4 1/2 Jahre altes Mädchen war, und das jüngste ein 10 Monate alter Knabe. Die Nachbarn hörten oft in der Wohnung des Fuhrmanns D. Kinderschreie. Das verstorbene Kind wies sehr viele äußerliche Verletzungen, z. T. schwerer Natur, auf.

Die Seltsamkeit ergab, daß der Tod des 2 1/2-jährigen Kindes eine Folge unerhörter Mißhandlungen ist, welche der entmenschte Mutter zur Last fallen. Sie muß das arme Kind seit langer Zeit in fürchterlicher Weise gemartert haben, denn der Körper des armen Geschöpfes wies bei der Sektion einige 100 Verletzungen auf. Das Kind war ganz unglücklich zugezogen, so daß sich die Teilnehmer der Untersuchung nicht erinnern konnten, etwas Ähnliches gesehen zu haben. U. a. war dem Kind das Becken eingetreten, wahrscheinlich durch einen Fußtritt. Die Frau leugnet noch die Tat.

* Heidelberg, 15. Jan. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich heute die 18 Rezerditen zu verantworten, die bei der letzten Kontrollverammlung in der Trunkenheit schwere Ausschreitungen begingen. Die Anklage lautete auf Ruhestörung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung und andere Delikte. Die beiden Hauptangeklagten erhielten vier und drei Wochen Gefängnis, die übrigen bis auf vier, die freigesprochen wurden, kleinere Gefängnis- und Geldstrafen.

* Weinheim, 15. Jan. Vermißt. Seit Beginn dieser Woche sind der 19-jährige Adam Luger und die 18-jährige C. Fint von Lautenbach, die beide seit ihrer Schulentlassung ein Liebesverhältnis unterhielten, das nicht ohne Folgen geblieben ist, verschwunden. Man nimmt an, daß die beiden Selbstmord begangen haben.

* Zell a. S., 15. Jan. Wie verlautet, ist der flüchtig gegangene Bahnhofsrestaurateur Harter in Wien ermittelt und verhaftet worden. — Von den wegen Mißhandlung ihres 4 Jahre alten Pflegekindes in Untersuchungshaft genommenen Eheleuten Diez wurde der Ehemann wieder auf freien Fuß gesetzt.

* Singen a. S., 15. Jan. Trotz der zahlreichen Verhaftungen von Sacharinsmugglern in der letzten Zeit wird unentwegt weiter geschmuggelt. Hier ist wiederum ein Sacharinsmuggler festgenommen worden, der 10 Kilo Süßholzwasser über die Grenze gebracht hatte.

* Breisach, 15. Jan. Gestern abend erhängte sich hier in seiner Wohnung ein in den fünfziger Jahren stehender Mann. Derselbe war schon lange Zeit leidend, was ihn wohl zu der unglückseligen Tat bewogen hat. Er ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

* Baden, 15. Jan. Vorpastern abend geriet hier beim Rangieren der Bahnschaffner Trunk so unglücklich zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen, daß der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

* Ottenau, 15. Jan. Das 1/2 Jahre alte Kind des Schlossers Hermann Kraft von hier vergnügte sich mit Schlittensfahrten auf dem Murgdamme, fuhr in die Murg hinein und ertrank. Trotz eifriger Absuchen der Murg konnte das Kind noch nicht gefunden werden.

* Rastatt, 14. Jan. Verhaftungen. Innerhalb der letzten drei Tagen sind hier nicht weniger als 8 Verhaftungen von Sacharinsmugglern vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der frühere Kriminalpolizist Kupferhärd, der zuletzt bei einer Schweizer Süßstofffabrik in Stellung war, und in Ausführung seines Geschäftes zufällig dem Rastatter Polizeikommissar in die Hände lief.

Eine folgenschwere Dynamitexplosion.

Wolfsach, 16. Jan. Heute vormittag 11 Uhr ereignete sich hier eine folgenschwere Dynamitexplosion. Im hiesigen Stadtwald wird zurzeit ein neuer Schleifweg gebaut, und es werden zu diesem Zweck Sprengarbeiten mit Dynamit vorgenommen. Heute vormittag explodierte nun angeblich wegen Unvorsichtigkeit eines Arbeiters der Dynamitvorrat nebst einem danebenliegenden Quantum Schwarzpulver. Hierbei wurden von den 14 bei dem Bau beschäftigten Arbeitern zwei auf der Stelle getötet und sieben schwer verletzt. Die Schwerverwundeten wurden in das Wolfsacher Krankenhaus transportiert.

Wolfsach, 16. Jan. Zu der folgenschweren Dynamitexplosion wird uns noch berichtet, daß von den schwer Verletzten Arbeiter einer kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Diesem Schwerverletzten wurde die Kinnlade weggerissen, auch erlitt er am Unterleibe sehr schwere Verletzungen. Wie es heißt, ist das Unglück dadurch entstanden, daß das Dynamit am Feuer erwärmt wurde. Während das geschah, hielten die Arbeiter gerade Besprechung und befanden sich in nächster Nähe des Feuers. Das ist auch die Ursache, daß eine so große Zahl der Arbeiter bei dem Unglück zu Schaden kam.

Ein schlagfertiger Geistlicher.

Ist der Herr Pfarrer Stuber in Pforzheim bei Karlsruhe. Als er Ende November 1912 abends gegen 9 Uhr nach Pforzheim auf dem Rade fuhr und an zwei jungen Burischen und Mädchen im Alter von 18 Jahren vorbeigekommen war, kam ihm offenbar plötzlich der Gedanke, genauer nachzugehen, wer diese Personen seien, die es wagten ohne seine Genehmigung auf der Landstraße spazieren zu gehen. Er machte Anstalten, umzukehren. Die Mädchen liefen daraufhin, um nicht von ihm erkannt zu werden, weg. Der eine der Burischen rief ihnen nach: „Herrgott Donnerwetter, kommt doch her!“ Der Herr Pfarrer bezog mißverständlicherweise diese Worte auf sich und stellte die beiden Burischen. Trotzdem ihm von Beiden sofort erklärt wurde, daß die Worte sich nicht auf ihn, sondern auf die Mädchen bezogen hatten, schämte er sich nicht, auf offener Straße die Burischen „Kobler“ und „Lausbuben“ zu heißen, und er ging in seinem Eifer, Justiz und Sittlichkeit unter der Forderung Jugend zu wahren, sogar so weit, daß er ohne weiteres dem einen der Burischen eine Ohrfeige gab. Als dieser begreiflicherweise ihm erwiderte: „Wenn man den ganzen Tag geschäftig hat, kommt so Eimer daher und will einen noch schlagen“, erhielt er von dem Diener Gottes nochmals eine Maulschelle. Darauf wachte sich der junge Burische, indem er dem Pfarrer einen Stoß vor den Leib gab, worauf dieser nochmals versuchte, ihn zu schlagen.

Vor dem Schöffengericht Ettlingen, wo dieser Fall gestern verhandelt wurde, hatte der Herr Stuber noch die Stirne, zu erklären, es tue ihm leid, daß er beim drittenmal den jungen Burischen nicht getroffen habe. Er ließ zu seiner Verteidigung vorbringen, da er für Wahrung von Justiz und Sittlichkeit sorgen habe, sei es keine so schwere Verletzung, wenn er zu den jungen Burischen sage, mach, daß ihr nach Hause kommt, ihr Lausbuben. Dagegen sei es eine außerordentlich schwere Verletzung, daß der junge Mann von ihm mit den Worten „so Eimer“ getroffen habe.

Das Schöffengericht hat ihm zu erkennen gegeben, daß seine Auffassungen nicht ganz richtig sind. Er wurde zu 20 M. Geldstrafe, zu allen Kosten verurteilt und dem Vater des jungen Mannes wurde das Recht zugesprochen, dieses Urteil zu veröffentlichen. Dagegen wurde der junge Mann selbst, welcher die fürchterlichen Worte „so Eimer“ mit Bezug auf den Herrn Pfarrer gebraucht hatte, von Strafe und Kosten freigesprochen.

Dieser Dutzettel schadet dem Herrn Pfarrer gar nichts. Vielleicht überzeugt er sich jetzt davon, daß sein Benehmen bei dieser Affäre weder dem eines gebildeten Mannes, noch dem eines Geistlichen entspricht und daß Justiz, Ordnung und Sittlichkeit nicht gehahrt werden, wenn der Pfarrer selbst mit einem derartigen Beispiel vorangeht.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 17. Jan.

Aus dem Karlsruher Gewerbegericht.

Der seltene Fall, daß ein Meister auf Aufhebung des Lehrvertrags mit einem bei ihm in der Lehre stehenden Lehrling klagt, ereignete sich in der letzten Sitzung des Gewerbegerichts. Der Wechernermeister K. klagte gegen den Handelsmann S. auf Aufhebung des Lehrverhältnisses mit dessen Sohn. Der Lehrling war 1 1/2 Jahre in der Lehre bei dem Wechernermeister, er sollte laut Vertrag im ersten Jahre 1 M. pro Woche erhalten und im zweiten Jahre 60 Pf. pro Tag. Im ersten Jahre erhielt er auch wöchentlich 1 M., im zweiten Jahre hielt aber der Meister seine vertragliche Verpflichtung nicht, er gab dem Lehrling nur 1/2 M. pro Woche und im dritten Jahre hielt er später statt 3.60 M. nur 3 M. Der Meister zog ihm zwei halbe Tage für den Verzug der Gewerbebehörde ab. Vor Gericht behauptete er, der Lehrling habe nichts geleistet, er habe ihn „um diesen Preis nicht brauchen können“. Der Lehrling durfte u. a. auch Kohlen in den 4. Stock tragen. Der Vater des Jungen erklärte sich mit der Lösung des Lehrvertrags einverstanden, wenn der Lehrer seinen Verpflichtungen nachkomme und den im Vertrag festgesetzten Betrag auch zahle. Das Gericht erklärte den Vertrag für aufgehoben und sprach dem Lehrling noch 24 M. zu. — Ein widersprüchlich abgefaßter Lehrvertrag lag einer anderen Klage zu Grunde, die der Wädertshilfe S. B. gegen den Wädertshilfe W. angehängt hatte. In dem Lehrvertrag hieß es, daß die Lehrzeit 3 Jahre dauere, mit dem 1. November 1909 beginnen und mit dem 1. Dezember 1912 endige. Keinem Menschen, weder dem Lehrmeister noch dem Vater des Lehrlings, noch der Handwerkskammer, der der Vertrag vorlag, war es aufgefallen, daß der Vertrag einen Unsinnsinhalt habe, nämlich, daß die Lehrzeit nicht 3 Jahre, wie es ein Mal festgelegt war, dauern würde, sondern 3 Jahre und 1 Monat, wie es das andere Mal festgelegt war. Daraus entstanden dann die Differenzen, die Frage war, was richtig zu sein habe, die festgelegte Lehrzeit von 3 Jahren oder das festgelegte Ende der Lehrzeit, die dann allerdings 1 Monat länger gedauert hätte. Der Meister wollte den jungen Mann nach Ende der Lehrzeit als Gehilfen behalten, er sollte 10 M. Wochenlohn erhalten, die der Gehilfe natürlich vom 1. November ab, wo laut Vertrag seine Lehrzeit beendigt war, bezogen haben wollte, während der Meister, ebenfalls laut Vertrag, erst vom 1. Dezember ab zahlen wollte, also eine ganz verwickelte Sache. Das Gericht entschied, u. E. mit Recht, dahin, daß die Lehrzeit 3 Jahre zu dauern habe und mithin mit dem 1. November 1912 zu Ende war. Der Meister mußte also dem Gehilfen 45 M. herauszahlen. Gosselische schaueten sich auf das hin die Lehrlinge oder deren Angehörige und Meister die Beträge etwas genauer an. Auch der Handwerkskammer würde es nichts schaden, wenn sie auch dem Inhalt der Verträge etwas größere Aufmerksamkeit widmen würde. (Schluß folgt.)

Rintheim.

Samstag, 18. d. M., abends 1/9 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins im „Schwanen“ statt. Gen. Dietrich wird einen Vortrag halten über „Moderne Jugendpflege“. Wir bitten die Genossen um zahlreichen Besuch. Auch Gewerkschaftskollegen sind willkommen.

Rüppurr.

Sozialdemokratischer Verein. Auch an dieser Stelle machen wir unsere Mitglieder auf die am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Jägering Löwen“ stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in derselben pünktlich zu erscheinen; auch werden in derselben Beiträge eincolliert.

Einwohnerzahl. Nach der Berechnung des städtischen Statistischen Amtes hatte die Stadt Karlsruhe Ende Dezember 138 458 Einwohner.

Vom Verein gegen Haus- und Straßenbettel wurden im Monat Dezember v. J. an durchreisende Handwerksburgen 970 Unterstufungen verabreicht.

Maierabend Suppe Karlsruher. Im Museumsaal wird heute abend der Maierabend Suppe Karlsruher seinen Maierabend geben. Das Programm enthält Werke von Schumann, Brahms und Liszt. Karten sind noch zu haben in der Hofmusikalienhandlung Doert und an der Abendkasse.

Unfall. Gestern abend 8.45 Uhr wurde der bezh. Bahnarbeiter von Waggenturm beim Ueberfahren der Gleise auf dem hiesigen Hauptbahnhof infolge Unvorsichtigkeit von der Maschine des Zuges Nr. 942 erfasst und zur Seite geschleudert. Er trug Verletzungen auf der linken Brustseite davon und wurde ins Diakonissenhaus verbracht. Ein Verstoßen dritter Personen liegt nicht vor.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Kolosseum. Auch das Programm für die zweite Hälfte des Jahres läßt an Güte und Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig. Die Direktion hat wiederum eine Reihe ganz ausgezeichneter Künstler engagiert. Daß natürlich die Gaststube unter Herrn Kommandanten der Festhalle alle die Verehrer zum Höhe ist, versteht sich von selbst. Der Artistic Teil beginnt mit einer Tanzdarbietung von Barb Derry, die besonders mit ihren amerikanischen Nigger-Tänzen vielen Beifall findet. Erwähnt möge auch ihre eigenartige, nicht unschöne Kostümierung werden. In John Armand stellt sich ein internationaler Mimiker vor, der in der Darstellung historischer Persönlichkeiten ganz vortreffliches leistet. Die von ihm gestellten Bilder sind unstrittig die nun folgenden 3 Acten. „The 3 Jahn“ mit ihren Balance-Evolutionen. Es sind erstklassige Leistungen, die sich auf jeder Großstadtbühne sehen lassen können. Mit größter Ruhe und Sicherheit führen die 3 Acten ihre unglaublichen Balancekunststücke vor, deren Schwierigkeit geradezu nebenaufregend ist, man atmet erleichtert auf, wenn die geschmeidigen Gestalten wieder den Boden der Bühne unter sich haben. — Mac. Henry ist ein Jongleur, der neben verschiedenen alten Jongleurkunststücken auch einige neue Tricks bringt und das Publikum damit aufs Beste zu unterhalten weiß. Raffabettes führen einen Dressur-Akt vor, eine Anzahl dressierter Hunde, die in ihren Leistungen dem Hunde-Dressur-Akt des vorhergehenden Programms in nichts nachstehen. — Im weiteren Teil des Programms treffen wir nun zwei alte Bekannte, Vera Forst und A. v. Balberg, bekannt noch von ihrem Gastspiel her „Die weiße Gefahr“. Sie bringen dieses Mal zwei Einakter „Botans Abschied“ und „Die Gesamige“. Ist auch der Inhalt der beiden Stücke nichts besonderes, darauf kommt ja auch weniger an, so ist dafür die Wiedergabe desto besser. Die beiden Künstler sind im Dialog sehr gut. Herr Balberg versteht ausgezeichnet den Ton und die Geiste des blasierten Lebens zu treffen, während seine Partnerin Vera Forst durch ihr temperamentvolles Spiel, ihren zündenden Mündner Humor der Handlung einen flotten Fortgang verleiht. Nicht unerwähnt möge die hübsche, stilvolle Inszenierung bleiben, die hier zum erstenmal in Anwendung ist, und den hübschen Bühnenbildern einen passenden Rahmen abgibt. — Den Beschluß des unterhaltenen Programms bildet die übliche Lichtbild-Vorführung. Diesesmal eine lustige Geschichte „Der lachende Dritte“. Wenn auch die Faszination mancherlei und viel Unterhaltung bietet, einen Besuch des Kolosseums sollte sich während der nächsten 14 Tage dennoch Niemand entgehen lassen.

Der „große Maskenball“. Trozdem Prinz Karneval in diesen Tagen verschiedenes Ortes Triumphe feiert, wird der „Große Festhalle-Maskenball“ seine Domäne bleiben. Er hat seit vielen Jahren eine immer treue Anhängerschaft gewonnen, so daß die weiten Räume der Festhalle alle die Verehrer faum fassen können. Und mancher, der „eingeliebt“ in drangvoll fürchterlicher Enge“ die Kunst seiner leidenschaftlichen Partnerin in fröhlichem Reigen zu erproben hoffte, ist froh gewesen, wenn er im Contrepoint noch ein bescheidenes Plätzchen fand. Nun, nicht immer wagt das Heer der Narren und Närtinnen in solcher Zahl. Wer sich nach Herzenslust an Tanz und Firtz ergötzen will, freut sich darob. Der erste „Große“, gewissermaßen die offizielle Einleitung des Faschings, ist morgen. Ein buntes, frohbelegtes Bild verspricht auch er. Ein jeder wird auf seine Rechnung kommen. „Tanz, Wit, Humor, hübsche Geistes, ergänzen sich aufs allerbeste“. Auch der feurige „Erste“ soll ein Vorbild für den „Zweiten“ sein. Erfreulich ist, daß sich auch das Biergutrum immer mehr und mehr den städtischen Wälden zuwendet, ein Beweis für ihre Güte. Dem Preisgericht, das alle guten und bösen Taten loben soll, bariert eine schwere Arbeit. Es wird auch diesmal „liebvol“ zu Werke gehen. Nun liegt es an den Refidanzern zu beweisen, daß auch sie ein lustig Wälflein seien; denn wie sagt doch ein alter Spruch: „Gott behüt uns vor Regen und Wind, und vor Gesellen, die langweilig sind.“

Der Balkan-Konflikt.

Die Verzögerung des Kollektivschritts. Konstantinopel, 16. Jan. Während die Antwort der Pforte auf die Kollektivnote der Großmächte von dem Großmeister so gut wie fertig redigiert ist, haben die Votschaster die Note selbst bis zur Stunde noch nicht überreicht. Die Kreise der Triple-Entente sind unmutig über die Verzögerung, für welche Deutschland verantwortlich gemacht wird. Mit Ausnahme des deutschen Votschasters haben die übrigen Votschaster schon seit Samstag die nötigen Instruktionen ihrer Regierungen erhalten. Aus denselben Kreisen wird mir soeben berichtet, daß jetzt der Kollektivschritt der Mächte überhaupt zwecklos sei und aller Voraussicht nach nicht mehr stattfinden werde. Durch die Verzögerung habe er viel von seiner erwarteten Wirkung eingebüßt.

Bulgarien bereitet sich vor.

Sofia, 16. Jan. Wie das Blatt „Mir“ meldet, wurde gestern in Mustapha Pascha unter dem Vorhitz des Königs und in Anwesenheit des Gehilfen des Generalissimus, der Kommandanten der vier Armeen und des Chefs des großen Generalstabs ein oberster Kriegsrat abgehalten. Es wurde beschlossen, die Kriegsoperationen wieder aufzunehmen, falls die Türkei nach der Demarche der Mächte und nach der Ueberreichung des Ultimatum der Balkanstaaten, die dieser Demarche folgen soll, sich nicht beugen würde, unter den von den Verbündeten gestellten Bedingungen Frieden zu schließen.

Letzte Nachrichten.

Kleine Anfrage im Reichstag.

Berlin, 16. Jan. Dem Reichstag ist folgende kurze Anfrage des Abgeordneten Kühle zugegangen: „Ist dem Herrn Reichszanzler bekannt, weshalb die Ergebnisse der am 15. November 1904 im deutschen Reich vorgenommenen Erhebung über die Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalt wie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben bisher — mit Ausnahme von Bayern — noch nicht veröffentlicht worden sind und gedenkt der Herr Reichszanzler die alsbaldige Veröffentlichung zu veranlassen?“

Ein sozialdemokratisches Mandat für ungültig erklärt.

Berlin, 16. Jan. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Haupt (Veridow) für unaültig erklärt.

Paris, spanischen Cor...

Madrid, durch eine...

Lehrer an Dauleh und...

Karlsruhe, angehebt und...

Städt. (Die Im Sta...

Freitag Waag...

Französi Straß...

Die Vorversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik.

Paris, 16. Jan. Die Plenarversammlung der republikanischen Gruppen der Linken ist heute erst um 8 Uhr eröffnet worden und die Abstimmung dauert bis 5 Uhr. Die Beteiligung ist heute ebenso stark wie gestern.

Paris, 16. Jan. Das Ergebnis des dritten Wahlganges der Plenarversammlung der republikanischen Parteien ist folgendes: Es haben 653 Abgeordnete und Senatoren an der Abstimmung teilgenommen.

Verständigung zwischen Spanien und dem Vatikan.

Madrid, 16. Jan. Graf Romanones bestätigte, daß durch eine unter der Hand getroffene Vereinbarung, der Vatikan und die spanische Regierung beschlossen hätten, das Vorhängeschloßgesetz, behufs Einschränkung der geistlichen Orden durch Verbot neuer Niederlassungen auf zwei Jahre als verlängert zu betrachten, bis das Schicksal des geplanten Vereinsgesetzes entschieden sei.

Die Homerule-Bill

London, 16. Jan. Die Homerule-Bill wurde in dritter Lesung mit 368 gegen 258 Stimmen unter ungeheurem Enthusiasmus auf Seiten der Ministerialen angenommen.

Die Lage in Persien.

Teheran, 16. Jan. Der Regent lehnte Waffstillschluß und dessen Bruder Schawames Saltany als Minister und Ministerpräsident ab. Man sollte die schriftliche Nachricht des Regenten abwarten.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Die auf Sonntag, 19. Januar, angeordnete Unterhaltung muß wegen des Kartellmaschinenballs und Neubefestigung des Lokals auf Fastnacht-Montag verschoben werden.

Seierheim. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Seierheimer Hof“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen J. Käfer. 4740

Bekanntmachung.

(Die amtliche Behandlung von Hundstücken.) Im Stadtpark und in der Festhalle wurden in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 Hundstücken und sonstige Gegenstände

Die Empfangsberechtigten werden hiermit gemäß § 980 B.G.B. auf gefordert, ihre Rechte an den oben angeführten Gegenständen binnen 8 Wochen bei der städtischen Gartendirektion, Göttingerstraße 6, anzumelden.

Stadt. Gartendirektion Karlsruhe.

Hasen-Abschlag!

Freitag früh trifft ein Riesenhase ein. Wagon schleifische Preise nur für Freitag und Samstag gültig! Große Hasen per Stück 3.70 bis 4.-, große Hasenrücken per Stück 1.40 bis 1.60, große Hasenschlegel per Stück 70-80 Pfg., große Hasenraout per Stück 90-1.20, extra große Hasenrücken, über 2 Pfd. schwer, per St. 1.80, extra große Hasenschlegel, über 1 Pfd. schwer, per Stück -90.

Verband nach auswärts prompt.

Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts.) Montag abend halb 9 Uhr im „Löwenbräu“ Ausübung. Erscheinen aller unbedingt erforderlich. Folgende Nummern der Anteilsscheine wurden in der Generalversammlung gezogen: 82, 48, 53, 46, 91, 72, 74, 51, 50, 62, 88, 63, 49, 55, 69, 87, 66, 77, 79, 76. Dieselben können beim Kassier Karl Krüger Amalienstraße 21, gegen Rückgabe der Anteilsscheine ausbezahlt werden. 4760 Der Vorstand.

Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Kommennden Sonntag, am 19. d. M., findet mittags 2 Uhr im Lokal zum „Darmstädter Hof“ unsere Generalversammlung statt, wozu sämtliche Kollegen freundlichst eingeladen werden.

Durlach. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Lamm“ Generalversammlung. Tagesordnung: Tätigkeitsbericht und Neuwahlen.

Stillingen. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Gensle Generalversammlung mit Vortrag des Kollegen L. Rüdert.

Wolfsartweier. (Sozialdem. Verein.) Kommennden Samstag, 18. Jan., abends punkt halb 9 Uhr, findet in der „Linde“ Generalversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Keiner fehlen!

Müsch. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, den 16. Januar, mittags 3 Uhr, im „Löwen“ öffentliche Versammlung mit Vortrag des Kollegen Paul Gurschig.

Müsch. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 18. Jan., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Müsch. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Unsere Mitglieder werden ersucht, am Samstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, die öffentliche Versammlung im „Nöckle“ zu besuchen. Kollege G. Sauer wird über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sprechen. 4740

Bruchsal. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Wald“ Generalversammlung mit Vortrag des Koll. J. Girschauer. 4740

Seibelsheim. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, den 19. Januar, mittags 1/2 Uhr, im „Bachhölzer Hof“ öffentliche Versammlung mit Vortrag des Kollegen B. Kruse. 4740

Forst. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, den 19. Januar, mittags 1/2 Uhr, im „Schäfershaus“ öffentliche Versammlung mit Vortrag des Kollegen G. Sauer. 4740

Karlsdorf. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Sonntag, den 19. Januar, mittags 1/2 Uhr, im „Karlshof“ öffentliche Versammlung mit Vortrag des Kollegen L. Rüdert. 4740

Offenburg. (Freie Turnerstaffel.) Morgen Samstag abend halb 9 Uhr Generalversammlung im „Säbinger Hof“.

An alle Eltern, deren Söhne zu Ostern die Schule verlassen. Es darf Ihnen nicht gleichgültig sein, wo Sie für Ihren Sohn die nötige Kleidung kaufen, das Leben wird mit jedem Tag teurer, jeder wird gezwungen, zweimal zu rechnen.

Privatspargelgesellschaft in Karlsruhe. Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der hierüber ausgestellten Bescheinigungen Samstag den 18. Januar Montag „20.“ Dienstag „21.“ vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr in unserem Kassenlokal, Karlstraße 40, wieder ausgefolgt.

Weiterer Waggon Holländer Rotkraut in schönster Ware ist eingetroffen. Kopf, ca. 4 Pfund schwer, 26 Pfg. Kopf, ca. 3 Pfund schwer, 20 Pfg.

Bucherer in sämtlichen Filialen.

Saison-Räumungs-Verkauf zu staunend billigen Preisen hat begonnen im Südstadt Werderplatz 34. Schuhhaus Münzner Mühlburg Rheinstr. 12.

Gebrüder Scharff Kolonialwaren und Weine en gros Büro: Douglasstr. 18 (von 8-12 u. 2-7 Uhr). Telephone Nr. 3335. 4078

Gemischte Marmelade in Originalgefaßen Gewicht Glasdosen 60 Pfg. 2 Pfd. Elmerchen 60 Pfg. 2 Pfd. Kasserollen 1.35 4 Pfd. (Emaillé)

Konserven 2 Pfd. 1 Pfd. 2 Pfd. 1 Pfd. Erbsen 40 Pfg. 25 Pfg. Mirabellen 76 Pfg. 43 Pfg. Schnittbohnen 2 Pfd. 33. Pflaumen 60. 36. Brechbohnen 2 Pfd. 36. Birnen weiß 76. 43. Erbsen mit Karott. 48. 30. Preiselbeer. 76. 43. Karotten in Streif. 2 Pfd. 30. Pfirsiche 60. Erdbeeren 65.

Misch-Obst Sehr vorteilhafte Mischungen per Pfd. 32 und 40 Pfg. sowie sämtl. Lebensmittel gut u. billigst.

Heute Abend 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Generalversammlung. Sonntag, den 19. Januar 1918, auf unserem Platze: 1/2 11 Uhr: K.F.V. 4 gegen Frankonia 3 1/2 2 Uhr: K.F.V. 3 gegen Frankonia 2 8 Uhr: Viktoria Heidelberg 1 (A-Kl.) gegen Frankonia 1. 25 Mark täg. Verdienst b. Verif. m. Patent artikel für Fernren. Neubeitenfabrik Wittweida-Karlsruherbad Nr. 145.

Pfannkuch & Co

FrISCHE
Marinaden.
Bismark-heringe
offen Stück 5 Pfg.
4 Liter Dose **1.80** Mk.

Rollmöpfe
offen Stück 5 Pfg.
4 Liter Dose **1.80** Mk.

Bratheringe
(große Fische)
offen Stück 9 Pfg.
8 Liter Dose **2.70** Mk.

Russische
Sardinen
offen 1/4 Pfd. 8 Pfg.
Pfund **30** Pfg.
das 10 Pfd. Käßel **1.80**

Geleeheringe
1/4 Pfd. 10 Pfg.
Pfd. 30 Pfg.
die 4 Liter Dose **2.—**

Berner frISCHE
Süßbäcklinge
3 Stück **20** Pfg.
scharfe holländische
Robstbäcklinge
3 Stück **20** Pfg.
Prima Holländer
Vollheringe
(große Fische)
Stück **6** Pfg.
ausgef. prima Milchsee
Stück **8** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

Achtung!

Empfehle für morgen Samstag auf dem großen Markt, Zähringerstraße am Rathaus **prima Schweinefleisch,** Kottlets und Braten das Pfund zu **90** Pfg.
Bauchlappen und Speck das Pfund zu **84** Pfg.
Christian Köhler, Metzgermeister. 4747

Nämmungsverkauf
in Herren- u. Damenkleider, Lodenkappen, in allen Größen und Weiten, spottbillig. 4737
Frau Pfleger, Steinstr. 16, Seitenbau part.

Schreiner-Handwerkzeug, gebrauchtes, sowie gebrauchtes Raabgewehr zu kaufen gesucht. Off. unter 111 an die Exped. des „Volksfreund“. 4748

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.



Sonntag, den 19. Januar 1913, abends 8 Uhr im großen Saale der Festhalle große närrische

Masken-Redoute

nach Münchner Art.

Musik gespielt von der vollständ. Kapelle des Gewerkschaftsorchesters.

Eintritt: Saal 1 Mk., Galerie 50 Pfg.

Närrische Kopfbedeckung obligatorisch.



Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben im **Büro des Arbeitersekretariats** Wilhelmstrasse 47, sämtlichen **Gewerkschaftsbüros**, in der **Expedition des Volksfreund**, sowie in folgenden Lokalen: **Deutschen Eiche**, Augartenstr., **Schaukelberger**, Winterstr. 20, **Auerhahn**, Schützenstr. 63, Cigarrenhandlung **Brehm**, Schützenstr., Cigarrenhandlung **Töpfer**, Ruppurrerstr., **Restauration zum Stehwagen**, **Restauration Schrummel**, Durlacherstr., **Gewerkschaftszentrale**, Kaiserstr. 13 und Zähringerstr. 2, **Hutladen Zenker**, Kaiserstr. 65, **Restauration zum Drachen**, Karl-Wilhelmstrasse, **Restauration zur Krone**, Rintheimerstrasse 2, **Restauration zur Wacht am Rhein**, Gartenstr., **Restauration zur Palme**, Lessingstr., **Restauration zum Saalbau** in Mühlburg, **Gasthaus zum Hirsch** in Mühlburg. 4544



Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Sonntag, den 26. Januar, mittags 2 Uhr, im „Goldenen Kopf“, Marktgrafenstraße 49
Jahres-Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Tätigkeits- und Kassenbericht.
2. Renwahl der Ortsverwaltung.
3. Beratung der eingeleiteten Anträge.
Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag, den 20. Januar bei der Ortsverwaltung eingereicht sein.
Nach § 4, Absatz 1, des Ortsstatuts setzt sich die Generalversammlung aus sämtlichen Verbandsfunktionären (Vertrauensleute und Einkassierer) zusammen und sind dieselben verpflichtet, die Generalversammlung zu besuchen.
Als Legitimation ist Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte vorzuzeigen. 4582
Die Ortsverwaltung.

Spanische Weinhandlung
von 2780
Jaime Miro
empfehle ihre garantiert naturreinen
Weine
Rotwein von 60 Pfg. per Liter an
Weisswein von 70 Pfg. per Liter an
ff. Süß- und Dessertweine
Cognacs und Liköre.
Verkaufsstellen: Ruppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und Gerwigstraße 20.

Empfehle mein weit bekannt großes Lager in
Herren- u. Damenkostümen
von den elegantesten bis einfachsten, verleihe solche für Gewerkschaftsbälle zu sehr reduzierten Preisen, so daß sich jeder Arbeiter und Arbeiterin auch ein Vergnügen erlauben kann. 4541
W. Wolf, Maskenverleihgeschäft
Karl Friedrichstr. 6, vis-à-vis der „Bad. Presse“
Wohnung: Steinstr. 27, parterre.

Maskenkostüm spanierin, bill. zuverf.
Karl Wilhelmstr. 40 V. rechts. 4748

Stuhlflächerei
R. Lavinier, Marienstr. 75, 4.

In unserem
Inventur-
Ausverkauf
Damenstiefel
echt Chevreaux, mit Lackkappe **6⁷⁵** Mk.
Damenstiefel
Ross-Chevreaux, Derby mit Lackkappe **6** Mk.
Herrenstiefel
Rind-Box, auch mit Lackkappe **6** Mk.
Knabenstiefel
Ia. Rind-Box, mit Derby
Josef Ettlinger
Kaiserstraße 48. 4743

Dankagung.
Ein Mitbürger, der seinen Namen nicht genannt wissen will, hat mir heute für einen wohlthätigen Zweck die Summe von **1000 Mark** übergeben. Hierfür spreche ich namens der Stadtgemeinde den herzlichsten Dank aus. 4742
Karlsruhe, 15. Januar 1913.
Der Oberbürgermeister.
Siegriß.

Pfannkuch & Co

FrISCHE
Obst.
Jaffa-Orangen
süße Frucht, fast ohne Kern, große Stück **6** und **8** Pfg.
extra große St. **10** u. **12** Pfg.
Spanische Orangen 4682
St. **4, 5** u. **6** Pfg.
Französische Tafeläpfel
3 Pfd. **30** Pfg.
3 . **35** Pfg.
3 . **40** Pfg.
3 . **45** Pfg.
feinste Reinetten Pfd. **20** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

K. F.-C. Phönix
(Phönix-Alemannia) e. V. 4746
Sportplatz links der Rheinalbahn entlang. Telephon 1338. Jeden Nachmittag allgemeines Training unter Aufsicht des Trainers.
Sonntag, 19. Januar 1913:
I. Mannschaft gegen Kickers Stuttgart in Stuttgart. Abfahrt 10.46 vormittags.
Nachm. 1/3 Uhr III. Mannschaft gegen Concordia I Karlsruhe auf dem Phönixplatz.
Nachm. 1 Uhr IV. Mannschaft gegen Concordia II Karlsruhe auf dem Phönixplatz.
III. Mannschaft geg. Victoria I Berghausen in Berghausen.
Voranzeige. Sonntag, den 26. Januar 1913, nachm. 4/8 Uhr, Phönix I gegen F.-C. Freiburg I.

Sport-
Loden-Anzüge v. Mk. 19.— an
Loden-Pelerinen, Bozener Mantel (echte Münchener Konfektion), Berg-Stiefel Rindl. v. Mk. 12.50 an, Rucksäcke v. Mk. 2.— an. Aluminiumartikel. Billigste Preise infolge geringer Spesen, gute sportmässige Qualitäten.
Sport-Beier
Kaiserstr. 174, b.d. Hirschstr. Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde“, 7188

Stammend billig:
feine Ball-, Strassen- und Gesellschaftskleider, Stiefel, Abendmäntel von 2 Mk. an, Bettwäsche, Kindermäntel mit Hütdchen für 2 bis 3 Jahre, usw. zu verkaufen. 4738
Frau Pfleger, Steinstr. 16, Seitenbau part.

Zu verkaufen: 2 Frauen-
Tapes,
1 Schlitten, einige Schlitt-
schuhe. Werderstr. 34 II.